

GRAZER Stadtblatt

www.kpoe-graz.at

Ausgabe 04, September 2006 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

Zeitung der **KPO** Graz

Paradies für Manager! Millionengehälter in 5 Jahren verdoppelt

Unser Land ist ein Paradies für Manager. Ihre Spitzengehälter sind um das Doppelte gestiegen. Für die Mehrheit der Bevölkerung gibt es hingegen eine Belastung nach der anderen. (Siehe S. 2,3 und 24)

Absage:

Betriebe der Stadt ohne Gentechnik

5200 Unterschriften:

Grazer wollen am Kasernengrund wohnen

Spielschulden steigen:

Kampf gegen das ruinöse Glücksspiel



Am Samstag, 9. September, wartet wieder ein buntes, musikalisches Feuerwerk (im Bild: KULMination), wenn in der Lagergasse 98a das Volkshausfest über die Bühne geht. Beginn ist um 15 Uhr mit einem tollen Kinderfest. Die Großen kommen aber auch nicht zu kurz.



1. Oktober: Franz Stephan Parteder

geben statt nehmen

KPO

<http://www.kpoe-steiermark.at>

DSB



KOMMENTAR

Franz Stephan Parteder,
steirischer KPÖ-
Vorsitzender

Die Reichen sollen nicht erfreut sein

Die Reichen werden nicht erfreut sein: Wir von der KPÖ zeigen nämlich auf, dass die Kluft zwischen den Superverdienern und der Mehrheit der Bevölkerung immer größer wird, und wir fordern Maßnahmen für soziale Gerechtigkeit.

Das ist heutzutage keine Kleinigkeit. Die „oberen Zehntausend“ haben sich das Leben in der Glitzerwelt des Kapitalismus so eingerichtet, dass alles so läuft, wie sie sich das vorstellen. Managergehälter wachsen rasant, Pensionen werden gekürzt. Ein Gratis-Yachturlaub von Finanzminister Karlheinz Grasser mit Bawag-Pleitier Wolfgang Flöttl und einem Großkapitalisten namens Julius Meinl wird als normale Sache hingestellt. Wenn arbeitende Menschen aber mehr vom Kuchen haben wollen, gibt es einen allgemeinen Aufschrei. Man könnte meinen, dass der Weltuntergang vor der Tür steht, wenn eine Berufsgruppe fordert, dass ihr Reallohn steigen sollte.

Die Parteien erfinden im Gegenteil immer neue Belastungen und Verschlechterungen für die Mehrheit der Bevölkerung und gleichzeitig machen sie es dem Großkapital immer leichter. Große Firmen zahlen beispielsweise fast keine Steuer mehr.

Soll das immer und ewig so weitergehen? Ich jedenfalls will, dass es endlich zu einer Umverteilung von oben nach unten kommt. Die Reichen sollen gar nicht erfreut sein.

*Franz Stephan Parteder,
Steirischer KPÖ-Spitzenkandidat
bei der Nationalratswahl
am 1. Oktober*



2,8 MILLIONEN FÜR OMV-CHEFS

Die Arbeiter schufteten,

Spitzenmanager haben jeden „Genierer“ verloren. Während stetig Arbeitnehmer gekündigt werden und Existenzen auf dem Spiel stehen, scheffeln die Chefs Jahr für Jahr Euro-Millionen. Das beleuchtet eine Studie der Arbeiterkammer. Das 35-fache eines normalen Gehaltes ist bei Managern keine Seltenheit.

Da bleibt Otto Normalverbraucher die Spucke weg: Auf der einen Seite steht eine Million Österreicher am Rande oder jenseits der Grenze zur Armut. Und auf der anderen Seite lachen sich die Spitzenmanager ins Fäustchen. Die Bosse von börsennotierten Firmen in Österreich konnten in den vergangenen fünf Jahren ihre Gehälter verdoppeln, so die Studie der AK. Während ein durchschnittlicher Bediensteter 29.000 Euro brutto pro Jahr verdient, bekommt ein Top-Manager eine Million Euro. Da passen die Relationen schon lange nicht mehr. Und von einer

besseren Bezahlung wegen der Verantwortung wollen wir gar nicht reden – man denke nur an die Bawag.

GEHALTSKLUFFT:

Die AK (Arbeiterkammer) hat recherchiert, wie die Gehälter der Manager seit 2000 explodiert sind. Laut ihrer Studie bekommen die Firmenchefs 95 Prozent mehr als vor sechs Jahren. Otto Normalverbraucher verdient gerade 10 Prozent mehr als 2000. Das Jahresgehalt der Mitarbeiter in den Spitzenunternehmen ist hingegen von 48.000 Euro auf 35.000 Euro gesunken.

„Während im Jahr 2000 der Vorstand eines Top-Unternehmens ‚nur‘ das 20-fache des österreichischen Durchschnittslohnes verdiente, war es im Vorjahr bereits das 35-fache“, rechnete hat AK-Direktor Werner Muhm aus. Demnach zahlt der Mineralölkonzern OMV mit 2,8 Millionen Euro pro Spitzenkraft das höchste Salär der heimischen ATX-Unternehmen, die an der Börse notiert sind. Darüber darf sich zum Beispiel OMV-General Wolfgang Ruttensdorfer freuen. Gegenüber 2000 seien die Gagen bei der OMV um 367 Prozent gestiegen, lässt die AK wissen. Die hohen Treibstoffpreise machen es möglich. Klar ist damit auch, warum Ruttensdorfer die Preise stets vehement verteidigt...

Die Top-Verdiener unter Österreichs Managern sitzen



Spitzengagen für österreichische Manager gibt es bei der OMV, bei der Ersten Bank und der Andritz AG. Die Chefs bekommen zwischen 1,13 und 2,8 Millionen Euro pro Jahr. Eine Studie der Arbeiterkammer ergab, dass das 35-fache eines Durchschnittsgehaltes keine Seltenheit ist!

OMV, Sparkasse

Manager kassieren

in der OMV, bei der Andritz AG, in der Ersten Bank, Voest Alpine und RHI. Die durchschnittlichen Gagen bewegen sich hier zwischen 1,13 Millionen und 2,8 Millionen Euro. Am unteren Ende der Skala rangieren der Flughafen Wien oder die Energieversorgung Niederösterreich, wo sich die Chefs mit rund 320.000 Euro pro Vorstandsmitglied „begnügen“ müssen.

So kann es nicht weitergehen

Für die Arbeiterkammer wird „die Schieflage bei den Einkommen immer schlimmer. Die Gagen der Top-Manager sind von denen ihrer Mitarbeiter völlig abgekoppelt“. So würden bei der teilweise im Staatsbesitz befindlichen OMV rund elf Millionen Euro für vier Vorstandsmit-

glieder aufgewendet, wovon sieben Millionen Euro durch steuerschonende Aktienoptionen bezahlt würden.

Dass es so nicht weitergehen kann, meinen sogar – man lese und staune – so manche Manager selbst. Wie etwa Böhler-Uddelholm-Chef Clais Raidl, der in der Kleinen Zeitung meinte, dass es Grenzen für Gehälter geben müsste. „Der Kapitalismus wird nur überleben, wenn es gelingt, die Verteilungsfrage zu entschärfen“, so Raidl, der selbst das 22-fache seiner Böhler-Hackler bekommt.

Geht es nach der KPÖ, muss eine Reichensteuer für die Euro-Millionäre her, um etwas mehr Gerechtigkeit bei den Einkommen zu ermöglichen. Die Steuerfreiheit für Stiftungen sollte abgeschafft werden. – Siehe auch unsere Umfrage auf Seite 24.

MEINUNG

KPÖ-Stadträtin Elke Kahr:

Hitzige Debatten um die Altenpflege



foto furgler

Schade, dass gerade Wahlkampf ist. Ich fürchte nämlich, dass die hitzige Diskussion um die Probleme bei der Pflege älterer und behinderter Menschen ausgeht wie das Hornberger Schießen.

Vor der Wahl rauchen die Köpfe der Parteistrategen und man macht schöne Papiere. Nach der Wahl setzt man den Rechenstift an und wälzt die Kosten für die Pflege einseitig auf die Angehörigen ab. Das ist schon jetzt so.

Und während anderswo die Milliarden fließen und einige Wenige nicht mehr wissen, wohin mit dem Reichtum, kann das Leid eines nahen Verwandten die Lebensverhältnisse der Familie negativ beeinflussen oder diese gar in existenzielle Probleme stürzen.

Jetzt redet man von Pflegeversicherung und von Pflegefonds. Ich meine, dass es eine Aufgabe der Gesellschaft ist, für einen würdigen Lebensabend aller Menschen zu sorgen.

Man muss in den Budgets Vorsorge dafür treffen und darf nicht den Menschen Versicherungsmodelle aufschwätzen, von denen in erster Linie die Versicherungsgesellschaften profitieren.

Und man darf auch nicht mit dem Finger auf die Angehörigen zeigen, die jetzt mit der Verpflichtung von Pflegerinnen aus der Slowakei oder Tschechien einen persönlichen Ausweg aus diesem Dilemma gefunden haben.

Auf keinen Fall darf man Aneue Belastungen für die Allgemeinheit erfinden. Ich befürchte nämlich, dass nach der Wahl Vorstöße wie der nach einer Pflegeversicherung für Kinderlose ganz plötzlich aktuell werden. Diese neuen Belastungen müssen wir gemeinsam verhindern. Das ist die Haltung der KPÖ in der Steiermark.

Ihre Stadträtin Elke Kahr
Tel. 872 2060
elke.kahr@stadt.graz.at

KLEIN, ABER MIT BISS



„Österreich, hier geht`s uns gut“, meint Kanzler Schüssel. Schaut aus, als hätte er nur mit Managern Kontakt...

INHALT

Neuer Wasserspielplatz.....	4
Grünanger: Neues Wohnen, günstige Mieten	5
Eggenberger Bad vergammelt weiter	6/7
Tragödien am Arbeitsmarkt.....	8/9
Platzmangel in Spitälern	10
Die Türken und Graz	15
Das Volkshausfest	16/17
Aus den Grazer Bezirken	18/19
Glücksspiel schadet dem Lebensglück	20/21
Der Energiepreis-Wucher	21
Atomkraft Europa?.....	24

MUTIGER GEMEINDERAT Graz ohne Gentechnik

Der Gemeinderat spricht sich gegen Gentechnik in der Stadt Graz aus. Das bringt Vorteile für Konsumenten und heimische Landwirtschaft.

Ambitioniert und mutig handelte der Grazer Gemeinderat in seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause im Juni. Auf Initiative von Wilfriede Monogioudis, Stadträtin für Gesundheit und Konsumentenschutz, wurde ein Antrag auf Errichtung einer gentechnikfreien Zone in Graz einstimmig

beschlossen.

„Mit diesem Beschluss erklärt die Stadt Graz, nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten gentechnikfreien Produkten den Vorrang zu geben“, erklärt Stadträtin Monogioudis. Konkret wird die Stadt bei der Bewirtschaftung eigener landwirtschaftlicher Flächen auf den Einsatz von

gentechnisch veränderten Organismen (GVO) verzichten und Pachtverträge nur dann vergeben, wenn eine GVO-Verzichtserklärung des Pächters vorliegt. „Mit dieser Initiative möchten wir natürlich auch die KonsumentInnen motivieren, verstärkt zu gentechnikfreien Produkten zu greifen und dadurch die heimische Landwirtschaft zu stärken.“ meint Gesundheits-Stadträtin Wilfriede Monogioudis (KPÖ).



Gentechnikfreie Zone in Graz: die Projekt-Initiatoren Wilfriede Monogioudis und Manfred Grössler.

Gesundheit an Schulen

Das Polytechnikum Herrgottwiesgasse errang für sein Projekt zur Konfliktlösung („Streithelfer“) den ersten Platz beim Schulwettbewerb der Stadt. 20 Pflichtschulen haben beim Wettbewerb „Gesundheit macht Schule – Schule macht Gesundheit“ teilgenommen. Er wurde von Stadträtin Wilfriede Monogioudis ins Leben gerufen.

Hinter den „Streithelfern“ vom Polytechnikum ging Platz 2 an die Volksschule Engelsdorf und ihr „Gesundheits-ABC“.

BRENNSTOFFAKTION 2006

Die Brennstoffaktion des Sozialamtes Graz für 2006 soll in der Zeit vom 18. September bis 27. Oktober 2006 durchgeführt werden.

MindestpensionistInnen haben die Möglichkeit, die vom Sozialamt ausgestellten und über die Bezirksämter zu beziehenden Gutscheine (65 Euro) bei einer der auf dem Gutschein angeführten

Brennstoffhandlungen bzw. Tankstellen gegen feste oder flüssige Brennstoffe einzulösen. Für Bezugsberechtigte, die mit Strom, Gas oder Fernwärme heizen, werden Zuzahlungen direkt auf das Kundenkonto des jeweiligen Energielieferanten geleistet.

Weitere Informationen bei Ihrem Bezirksamt bzw. beim Sozialamt.

BEIM LANGEDELWEHR Wunderbare Wasserspiele

Planschen, Spielen und Sand in einer speziellen Maschine verarbeiten können große und kleine Kinder seit kurzem am Spielplatz Langedelwehr.

Seit Anfang Juli bietet der Spielplatz am Langedelwehr neben den klassischen Schaukeln und Wippen auch attraktive Wasserspielgeräte. Neben einem Planschbecken, einer Dusche und einem Trinkbrunnen stößt nun ein „spritziger“ Kaskadenbrunnen unter den Kindern auf Begeisterung.

Attraktive Spielplätze sind Stadträtin Wilfriede Monogioudis, zuständig für die Grazer Wirtschaftsbetriebe, ein Herzensanliegen: „Besonders junge und einkommensschwächere Familien brauchen in ihrer unmittelbaren Wohnumgebung

Freiflächen, auf denen sich Kinder austoben, erfrischen und erholen können. Ein kurzer Abstecher in den Park ist gerade mit Kindern einfach zu bewerkstelligen und vor allem kostenlos.“

Als Besonderheit bietet dieser Spielplatz übrigens eine „Sand-Verarbeitungs-Maschine“. Was das genau ist? Das kann man nicht erklären, das muss man gesehen und ausprobiert haben. Wo? Vom Mur-Radweg am linken Murofer geht es bei der Schönausiedlung zum Langedelwehr. Der Park samt Spielplatz liegt hinter den blauen Häusern.



KPÖ-Stadträtin Wilfriede Monogioudis freut sich zusammen mit vielen Kindern über das tolle, neue Spielplatz-Angebot am Langedelwehr. Und probierte es gleich selbst aus.

GRÜNANGER-SIEDLUNG

Günstige Wohnungen als Vorbild-Projekt



Dank eines neuen Finanzierungsmodells gibt es in der Grünanger-Siedlung mehr Wohnungen, die mit günstigen Mieten und viel Wohnqualität überzeugen.

zeichnet sich durch eine zeitgemäße Bauweise und günstige Mieten aus. Für eine 62 m²-Wohnung zahlt man 277 Euro inklusive Betriebskosten.

„Angesichts der steigenden Zahl an Grazern, die sich die teuren Mieten am privaten Wohnungsmarkt nicht mehr leisten können, gibt es einen dringenden Handlungsbedarf. Hier wurde ein neues Angebot mit dauerhaft günstigen Mieten geschaffen, dass sich die Menschen sogar ohne Wohnbeihilfe leisten können“, freut sich die Wohnungsstadträtin. Möglich wurde das durch ein günstiges Darlehen des Landes Steiermark.

Größ ist die Freude in der Grünanger-Siedlung in Liebenau. Das „Dorf“ aus Holzhäusern in der Stadt bleibt nicht nur erhalten, es wurde sogar größer. 35 neue Wohnungen hat Wohnungsstadträtin Elke Kahr Mitte Juli übergeben – und damit auch eine Schlussstrich unter das Kapitel „Abriss und Neubau“ gezogen. Die Siedlung

Den Bau der Holzhäuser mit Fernwärmeanschluss übernahm die ÖWG. Das Einweisungsrecht in die vom Grazer Architekten Hubert Rieß entworfenen Bauten hat die Stadt Graz.

allerdings schaute es lange Aso aus, als hätte das letzte Stündchen der Siedlung geschlagen, erinnert sich der Wegbereiter des Projektes Ernest Kaltenegger. „Sie hätte

abgerissen und durch eine Wohnanlage ersetzt werden sollen“, so der KPÖ-Klubchef im Landtag, „aber man hat sich gewehrt“. Die Solidarität zwischen Bewohnern, Kirche und KPÖ machte sich bezahlt – die Siedlung im Grünen mit Spiel- und Sportmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche bleibt erhalten. Kaltenegger: „Es wäre gut, wenn sich das Projekt wiederholen ließe.“

KASERNGRÜNDE ZU VERGEBEN – ELKE KAHR FORDERT

Kasernengründe für sozialen Wohnbau

Eine Grazer Delegation übergab dem Nationalrat 5.198 Unterschriften. Allein – ÖVP-Verteidigungsminister Platter will Kasernengründe nicht günstig für Gemeindewohnungen abgeben, sondern teurer an Spekulanten verschern.



Wohnungsstadträtin Elke Kahr, KPÖ-Geschäftsführer Manfred Eber, Gemeinderat Andreas Fabisch bei der 2. Nationalratspräsidentin Barbara Prammer.

dende Kasernengrundstücke für neue Gemeindewohnungen genützt werden können. „Man muss öffentliches Gut sinnvoll verwenden“, meinte die 2. Nationalratsrätin

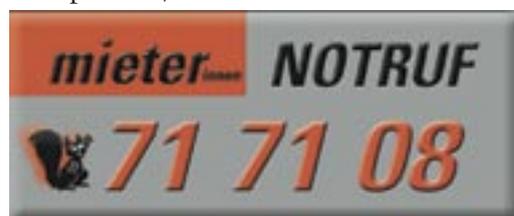
sidentin Barbara Prammer ganz im Sinne der Grazer KPÖ. Wie berichtet, setzt sich Wohnungsstadträtin Elke Kahr dafür ein, dass „der Bund seinem sozialen Auftrag nachzukommt und den Gemeinden Grundstücke für neue Gemeindewohnungen zur Verfügung stellt“.

Leider zeigt Verteidigungsminister Platter (ÖVP) keine Einsicht in die Notwendigkeit, ehemalige Kasernen für den Wohnbau zur Verfügung zu stellen. In einem Schreiben des Ministeriums an Stadträtin Kahr heißt es lapidar: „Ein Verkauf von Liegenschaften unter dem ortsüblichen Preis würde die Reform des

österreichischen Bundesheeres gefährden.“ Eine soziale Weichenstellung wird damit letztlich der Finanzierung der Eurofighter geopfert.

Elke Kahr: „Wir nehmen das nicht hin und werden weitere Initiativen für Gemeindewohnungen auf Kasernengrund starten. In Graz können wir uns dabei auch auf einen einstimmigen Beschluss des Gemeinderates stützen. Ich hoffe, dass Bürgermeister Nagl und der zuständige Liegenschaftsreferent Riedler ebenfalls Initiativen in dieser Richtung ergreifen.“

Mit tausenden Unterschriften im Gepäck kam die KPÖ-Delegation ins Parlament. Man wollte auf Bundesebene auf die Grazer Idee pochen, damit frei wer-



Für neue Gemeindewohnungen auf Kasernengrund.

Graz braucht mehr Gemeindewohnungen. Packen wir's an!





Ein schöneres K&Ö-Dach ist sicher ein Gewinn für die Altstadt.

WELTKULTURERBE K&Ö-Dachausbau als Zankapfel

Nach Besuch von Kulturerbe-Hütern zeichnet sich ein Kompromiss ab: Bei gemildertem K&Ö-Dachprojekt darf die Grazer Altstadt Weltkulturerbe bleiben.

Weiter umstritten ist der Dachausbau des Grazer Traditionsunternehmens Kastner & Öhler. Der Betrieb will sein Dach großflächig ausbauen und dabei weiter jenen Weg beschreiben, welcher dem Unternehmen unlängst eine „Europa Nostra“ – Auszeichnung für „wesentliche Beiträge zur Sicherung des Europäischen Kulturerbes“ beschert hat.

Das Projekt sorgte dennoch für Widerstände. Die UNESCO drohte mit dem Aberkennen des Weltkulturerbe-Status, weil das Projekt eben nicht „die charismatische Substanz der Altstadt auf eindruckliche Weise ergänzt“, wie man bei K&Ö meint. Stadtmarketing-Leiter Josef Schnedlitz oder Graz-Tourismus-Chef Dieter Hard-Stremayr plädierten

im Ernstfall für den Verzicht aufs Kulturerbe; letzterer, obwohl Graz Tourismus in seinen Berichten stets darauf verweist, dass das Weltkulturerbe „Basis für eine erfolgreiche Vermarktung ist“. Altbürgermeister Alfred Stingl hingegen setzt das Weltkulturerbe über alles; er machte es ja möglich, dass die Altstadt seit 1998 Weltkulturerbe ist.

Nur mit UNESCO

Die sich abzeichnende Lösung: „Der Dachausbau ist als Verbesserung des bestehenden Zustandes begrüßenswert, bedarf aber einiger Überarbeitung“, so Weltkulturerbe-Hüter Tamas Feierdy von der UNESCO. Damit bewegt sich alles in Richtung der KPÖ-Linie. „Das positive Projekt von K&Ö darf nicht ohne Einigung mit der UNESCO beschlossen werden“, so KPÖ-Klubchef Sepp Schmalhardt. „Es ist wichtig, dass die Grazer Altstadt weiter ein Weltkulturerbe bleibt“, ergänzt Franz Stephan Parteder, KPÖ-Bezirksvorsteher-Stellvertreter im 1. Bezirk. Die Weiche in diese Richtung ist gestellt.

NEUES BADPROJEKT AM WARTEGLEIS Bad Eggenberg

Um 30 Millionen Euro soll das Eggenberger Bad neu gebaut werden. Bei der Finanzierung klemmt es allerdings – Land und vor allem der Bund zaudern beim Zahlen.

EGGENBERG NEU

Die Pläne für das Eggenberger Bad klingen verheißungsvoll: Auf 4.700 m² soll das neue Freibad entstehen, der Sport- und Wellnessbereich umfasst 8.700 m² im Inneren und 700 m² im Freien. Insgesamt kostet „Eggenberg Neu“ 30 Millionen Euro.

Ein funkelnagelneues Freibad, dazu eine Sportanlage samt Wellnessbereich im Inneren – toll klingen die Pläne zum neuen Bad Eggenberg. Der Grazer Gemeinderat hat schon lange sein „Ja!“ zum Projekt bekundet. Allein mit dem Land und dem Bund geht nichts weiter; mündlichen Zusagen folgen keine Verträge.

„Ich fordere daher von Finanzstadtrat Wolfgang Riedler ein rasches und konsequentes Verhandeln mit Bund und Land und endlich den Abschluss des Finanzierungsvertrages“, pocht KPÖ-Klubchef Josef Schmalhardt. Damit weiteren Grazern das Schicksal von Schwimm-As Jördis Steinegger erspart bleibt. Sie trainiert nämlich in Linz, weil das Eggenberger Bad zu desolat ist.

Tatsächlich verspricht das größte Hallenbad der Stadt mehr den vergammelten Charme vergangener Jahrzehnte als den eines modernen Schwimmbades. Der geplante Neubau kostet mehr als 30 Millionen Euro. 18 Millionen davon entfallen auf die Sportanlage, 12 Millionen auf den Wellnessbereich. Für das Verwöhnprogramm kommen allein die Stadtwerke auf. Für den Sportteil gibt es zwar Zusagen von Land und Bund, jeweils rund 6 Millionen Euro beizusteuern. Vor allem mit dem

Bund ist aber „noch nix fix“. Und damit steht das ganze Projekt.

KPÖ-Mandatar Schmalhardt ist wie viele Grazer des Wartens überdrüssig – seit 1993 denkt man bekanntlich an ein neues Bad. SPÖ-Mann Riedler selbst outet sich als großer Fan des neuen Bades. Und reicht den Ball an ÖVP-Sportstadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg weiter, der eigentlich für derlei Verhandlungen in Sachen Sport zuständig sei.

Tageskarte: 15 Euro

Zu diesem Hin- und Hergeschiebe gesellt sich ein weiteres Problem: In der Studie zum neuen Eggenberger Bad kommt man zum Schluss, dass mit 1200 Tagesgästen zu rechnen sei – bei einem Tagstarif von 15 Euro! Für Familien ein Wahnsinn, meint die KPÖ.

Wer auch immer nun mit wem verhandelt: Die Verträge müssen her, damit das neue Bad, wie von der Stadtplanung ins Auge gefasst, 2010 eröffnet werden kann. Und beim Tarif gehört etwas gemacht. „Die Stadtwerke-Führung rühmt sich mit einer guten Bilanz und gibt gleichzeitig vor, dass die Freizeitbetriebe wirtschaftlich agieren und enorme Tarife verlangen müssen. So werden sich die Grazer das Bad nicht leisten können“, so Klubchef Schmalhardt.

vergammelt immer weiter



Außen gerade noch ok, innen eine Katastrophe. Seit 1993 denkt man an ein neues Bad in Eggenberg. Fix ist aber noch immer nix. Für KPÖ-Klubchef Sepp Schmalhardt besteht höchster Handlungsbedarf.

AUS DEM GRAZER GEMEINDERAT

Gemeindewohnungen nicht verkaufen!

Es gibt die Möglichkeit, dass Mieter von Gemeindewohnungen ihre Wohnung kaufen. Das soll gestoppt werden, fordert KPÖ-Gemeinderätin Christine Schönberg: „Immer mehr Grazer können sich auf dem freien Markt keine Wohnung leisten und sind daher auf das Wohnungsangebot der Stadt angewiesen.“ Mehr als 1300 Personen warten derzeit nach positiver Bewertung ihrer Ansuchen auf eine Gemeindewohnung. Der Mangel konnte auch durch die Errichtung von 377 neuen Wohneinheiten seit 1998 nicht verändert werden. Es ist noch mit einer Verschärfung der Situation zu rechnen.

Seit 1989 wurden mehr als 100 Gemeindewohnungen billig verkauft und kön-



nen deshalb von der Stadt nicht mehr vergeben werden. Eine Berechnung des Wohnungsamtes hat ergeben, dass die Aufwendungen der Stadt Graz für diese Verkäufe den Verkaufserlös übersteigen, das heißt für die Stadtkasse: Außer Spesen nichts gewesen. Allerdings ist die Gemeindewohnung dann privat und kann nicht mehr vergeben werden.

Deshalb forderte die KPÖ: Machen wir endlich Schluss mit der Verscherbelung von Gemeindewohnungen!

Graz als Hauptwohnsitz attraktiver machen

Dem Plan von Bürgermeister Siegfried Nagl und Finanzstadtrat Wolfgang Riedler, in Graz eine Abgabe für Nebenwohnsitze (300 Euro pro Jahr) einzuführen, kann KPÖ-Stadträtin Elke Kahr wenig abgewinnen:

„Die KPÖ hat vor der letzten Volkszählung einige Initiativen eingefordert, um Graz als Hauptwohnsitz attraktiv zu machen. Dazu gehört der Bau zusätzlicher Gemeindewohnungen, deren Zuweisung an den Hauptwohnsitz gebunden ist. Wir halten es für besser, Anreize zu schaffen als neue Belastungen zu erfinden“, so die Wohnungsstadträtin.

Für Studierende aus den Bezirken bringe eine Nebenwohnsitzabgabe auf den ersten Blick große Probleme mit sich. Dabei handle es sich nicht nur um die finanzielle Belas-

tung, sondern auch um Sozialleistungen, die nicht mehr gewährt würden, wenn der Hauptwohnsitz in Graz sei.

„So werden wir weder die Finanzprobleme der Stadt in den Griff bekommen noch die Abwanderung ins Umland von Graz stoppen“, ist Kahr überzeugt. Detail am Rande: Seit der letzten Volkszählung 2001 zählt die Stadt 20.000 Bewohner mehr!

RAT UND HILFE



Mieterschutzverband Steiermark

Sparbersbachgasse 61

Tel. 38 48 30

(GVB Linie 3 - Rechbauerstraße)

Sprechstunden – Bitte

um tel. Voranmeldung!

Mittwoch 14.30 – 19.00 Uhr

Freitag 9.00 – 11.30 Uhr

www.mieterschutzverband.at

TYPISCH ATYPISCH

McJob – Tragödien durch den

Anstatt geregelter Beschäftigung setzen Unternehmen auf billigere Beschäftigungsverhältnisse. Der Mensch bleibt auf der Strecke.

VON HARRY HERZOG

Wird die geregelte Arbeit mit einem angestellten Dienstverhältnis, die sorgenfreie Beschäftigung bis zur Pension zur Mangelware? „Häufige Jobwechsel, Beschäftigungsverhältnisse mit mangelhafter arbeits- und sozialrechtlicher Einbettung, prekäre Einkommenssituation sowie fehlende Aufstiegsperspektiven“, das sind für Mag. Marcel Kirisits von der Wirtschaftsabteilung

der AK-Steiermark die typischen Merkmale atypischer Beschäftigungsverhältnisse. Und diese nehmen stark zu.

Bis vor rund zwei Jahrzehnten sah das normale Arbeitsverhältnis in etwa so aus: 40-Stundenwoche, kontinuierlich geregelte Arbeitszeit und fixes Einkommen, arbeits- und sozialrechtlich eingebettet. Damit konnten Lebensperspektiven zumindest entworfen werden. Mittlerweile registriert die Arbeiterkammer eine „starke Zunahme von atypischen Beschäftigungsverhältnissen mit dem Schwerpunkt auf Teilzeitarbeit und geringfügiger Beschäftigung, wovon Großteils Frauen betroffen sind“. Weiters festgestellt wird „ein beträchtlicher Anstieg in den Bereichen Leih-

arbeit, freie Dienstverträge und Werkverträge.“

Frauen im Nachteil

So waren im Jahr 2000 fast ein Drittel aller beschäftigten Frauen in Teilzeit, konzentriert auf die Branchen Handel, Gesundheits- und Sozialwesen sowie das Realitätenwesen. Bei den geringfügig Beschäftigten betrug der Frauenanteil bereits mehr als 70 Prozent. In den Branchen Industrie, Gewerbe und Handwerk ist der Anteil der weiblichen Leiharbeiter auf 80 bis 90 Prozent gestiegen. Die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen klappt damit noch weiter auseinander – die Armut ist verschärft weiblich!

Wer atypisch arbeitet, gerät leicht in die Gefahr,

mit den Hungerlöhnen zu verarmen (Stichwort: „Mc Jobs“), nur kurzfristig Arbeit zu haben (Stichwort: „Projekt“) und mit unregelmäßigen Arbeitszeiten auch soziale Kontakte zu verlieren. Als Einstieg in die Arbeitswelt nach einer Ausbildung mag ein befristetes Dienstverhältnis ja nützlich sein, sofern ein unbefristetes mit Aufstiegschancen folgt. „In den meisten Fällen gilt jedenfalls: atypische Beschäftigung muss man sich mittel- und langfristig leisten können“, stellt Kirisits dem unternehmerischen Loblied auf „familienfreundliche“ Dienstverhältnisse entgegen: Wer alleine eine Familie zu ernähren hat, kommt so nicht über die Runden.

Grundsätzlich in Frage



Risiko Mobilfunk. Enorm war das Interesse an den Risiken des Mobilfunks, über das die Plattform „Bürgerwelle“ beim Umweltfest informiert hat. Besonders spannend für die Besucher waren Informationen über die vielen in der Stadt „versteckten“ Handy-Antennen und die nach wie vor fraglichen Auswirkungen der Handy-Strahlung auf den Körper.



Kunstdepot. Wer wissen möchte, welche Bilder in den Büros der Rathausgranden hängen, muss bis 17. September ins Stadtmuseum in die Sackstraße kommen. „Die Totale“ nennt sich der Querschnitt durch die Bestände des Gemälde-depots des Museums. An die 600 Gemälde aus vier Jahrhunderten sprechen für die Qualität, die im Stadtmuseum zu finden ist.



Ende mit Schrecken. Bücher werden verbannt: Kulturstadtrat Werner Miedl machte Ernst und ließ die Bibliotheken in der Weißenhofgasse, Rudolfstraße und in der Straßgangerstraße zusperren; nur mehr ein Schriftzug erinnert an schöne Zeiten für Bücherfreunde. Bibliotheken in Gösting, Andritz und Eggenberg sollen folgen.

Umbruch am Arbeitsmarkt

stellt der AK-Abteilungsleiter für Arbeitsrecht, Dr. Wolfgang Nagelschmid, das österreichische Sozialsystem, weil es bei einem Überhandnehmen der atypischen Beschäftigungsverhältnisse nicht mehr finanzierbar wäre!

„Unternehmer treiben Schindluder“

Der Arbeitsrechtler beobachtet auch, dass Unternehmer zunehmend mit den „freien Dienstverträgen“ Schindluder treiben: Dieser Vertrag stellt frei, ob, wann und wie viel jemand arbeitet. Tatsächlich gelten diese Freiheiten oft nur auf dem Papier. Unteraufen werden diese freien Dienstverträge häufig in der Taxibranche. Mit den freien Dienstverträgen erspart die Unternehmenseite sich etwa Abfertigungen, Urlaubs- und Weihnachtsgelder.

Aus Sicht einer Arbeitnehmervertretung betont Kirisits: „Maßstab für die arbeits- und sozialrechtliche Beurteilung von atypischer Beschäftigung muss nach wie vor das klassische Normalarbeitsverhältnis sein - mit all seinen Pflichten, aber auch Rechten für den Arbeitnehmer. Dies um so mehr, als einige Formen atypischer Beschäftigung (Werk- und freie Dienstverträge) von immer mehr Unternehmen dazu missbraucht werden, das System kollektiver Mindestlöhne und arbeitsrechtlicher Mindeststandards zu umgehen.“

Schreiben Sie uns Ihre Meinung:
KPÖ-Graz - Elke Kahr
Lagergasse 98a, 8020 Graz,
Fax 71 62 91 oder E-Mail:
stadtblatt@kpoe-graz.at



DAS ELEND IM ALLTAG

Die Informationen stammen aus der Studie „Das ganz alltägliche Elend“ der Grazer Volkskundeprofessorin und Kulturanthropologin Dr. Elisabeth Katschnig-Fasch, die im Löcker-Verlag erschienen ist.

Teilzeitjobs und schlechte Dienstverträge: McJob und Co. geballt in Einkaufszentren.

ERFAHRUNG EINER BETROFFENEN

Persönlich entwertet

Frau Ninaus hatte in einem alteingesessenen Spielzeuggeschäft am Grazer Hauptplatz als Verkäuferin gearbeitet. Sie verfügte über Fachkenntnisse, führte Beratungsgespräche und war in eine klare Hierarchie zwischen Chef und Lehrlingen eingebunden. Vor ihrer Pensionierung wurde sie als Vollarbeitskraft in den Nachfolgebetrieb, ein Kleidermodengeschäft, das auf eine sehr junge Kundschaft abzielt, übernommen.

Aus der Fachkraft wurde eine Warenaufräumerin, Fachkenntnisse sind nicht nötig, Beratungsgespräche werden nicht geführt, die Hierarchie ist irritierend flach, das Du-Wort gilt auch gegenüber dem Chef und täuscht eine gleichwertige Ebene vor. Die

Kunden werden beim Stöbern sich selbst überlassen und von diesen wird sie übersehen.

Frau Ninaus: „Wir haben beim Spielzeuggeschäft auch Textil gehabt und wir haben eigentlich alle sehr gern bedient. Aber natürlich mit der Zeit haben wir schon gemerkt, dass es sehr, wie soll ich sagen, mit einem Verkauf nichts mehr zu tun hat, ...“

„Das Durcheinander, das die anderen machen, räumst du zusammen. Oder wenn was runterfällt, das hebt eh keiner auf, hebst es wieder auf, hängst es wieder ordentlich hin, weil sonst findest mit der Zeit nichts mehr. Das ist eigentlich das Ganze, was ich tue und es ist halt, so gesehen, nicht mehr das, was ich gelernt habe oder was man sich vorstellt

unter einem Verkauf, nicht. Es ist Warenaufräumen.“

„Ich arbeite zwei Tage und dann wieder frei inzwischen und wieder zwei Tage und wieder frei, dann geht es. Aber ich kann keine drei oder vier Tage hintereinander arbeiten, das ist unmöglich. Das halte ich da drinnen nicht aus. Das kann man nicht so beschreiben, das muss man selber miterleben, dass man das versteht, was das da drinnen für ein Druck ist.“

Qualifikationen? „Brauchst keine, gar keine... Wir haben Textilschulungen, wie man was wäscht, aus welchem Material was besteht... Aber an und für sich steht eh alles überall drinnen. ...beraten, brauchst du nimmer, nein.“

800 Spitalsbetten werden „eingespart“ Ist die Gesundheitsvorsorge in Gefahr?

Schock für die Steirer: Bis zum Jahre 2010 sollen in den steirischen Spitälern bis zu 780 Betten entfernt werden. Die KPÖ lehnt diesen Kahlschlag ab.

Fast 800 Spitalsbetten weniger in der Steiermark wünscht sich die steirische Spitalsführung – die dramatische Kürzung sollen durch das weitere Verringern der Verweilzeit der Patienten in den Krankenhäusern erreicht werden.

Aber: Schon jetzt gibt es in Graz zu bestimmten Zeiten Engpässe bei den Spitalsbetten. Da kommt es immer öfter vor, dass die Rettung Patienten zur Erstaufnahme ins LKH bringt, von wo die Kranken wegen der übervollen Stationen weiter ins LKH West gebracht werden müssen.

Dazu kommt, dass noch pflegebedürftige Patienten immer früher entlassen werden. Dieser Trend wird sich durch die geplanten Bettenreduzierungen noch verschärfen, warnt die KPÖ. Es gibt viel zu wenige Pflegeeinrichtungen für eine Nachbe-



treuung – die Pflege wird auf die Familien abgeschoben, die damit fast immer überfordert sind.

KPÖ-Landtagsabgeordnete Renate Pacher: „Unsere Gesellschaft ist reich und produktiv wie noch nie. Die Menschen haben ein Recht auf eine optimale Gesundheitsversorgung. Statt einer Fließbandabfertigung in den Spitälern brauchen wir die Erschließung neuer Geldquellen zur Finanzierung unseres Gesundheitssystems; etwa durch einen steuerlichen Zugriff auf den Reichtum.“ Sie wird sich im Landtag dafür einsetzen, dass die Bettenreduzierung verhindert wird.

Stopp dem Energie-Preis-Wucher

Der Preistreiber im Energiebereich will die KPÖ ein Ende setzen. Die Ideen: Billiger Tanken bei Landestankstellen, billiger Heizen durch neues Pelletwerk des Landes.

Die ganze Steiermark stöhnte im Juli nicht nur unter der Hitze, sondern schon seit langem unter den Energiepreisen. Egal ob Strom, Fernwärme, Diesel oder Heizpellets – überall gehen die Preise bergauf. Die KPÖ will der Preistreiber ein Ende setzen; durch das Öffnen der Landestankstellen und durch einen Vorstoß bei der Pelletproduktion.

Das Öffnen der Landestankstellen wurde ja vor der Sommerpause des Landtags mit der SPÖ beschlossen. Allein die zuständige ÖVP-Landesrätin Christina Edlinger-Ploder ist nicht bereit, den Diesel tatsächlich um 15 Cent pro Liter billiger abzugeben; ihre ÖVP wehrte sich vor dem Beschluss mit Händen und Füßen dagegen.

Einen besonderen Preiserschub gab es bei Holzpellets. Sie wurden laut Arbeitskammer in nur zwei Monaten um 15 Prozent teurer. „Im Windschatten der Preistreiber bei Treibstoffen versuchen die Pelletproduzenten, die auch vom Land großzügig unterstützt werden, jetzt in die Taschen der Haushalte zu greifen“, so KPÖ-Klubchef Ernest Kaltenegger.

Er denkt an das Errichten von Pelletieranlagen als sinnvolle Aufgabe für die Landesholding. Das brächte neue Arbeitsplätze. Und das Land könnte im Sinne der Bewohner als Preisregulator auftreten.

KOMMENTAR

Staublunge ade?

Jetzt kommt Bewegung in die Feinstaub-Misere. Nachdem im Großraum Graz der Kfz-Verkehr als Feinstaub-Erreger Nummer Eins identifiziert wurde, macht Umweltlandesrat Manfred Wegscheider seine Ankündigungen wahr und verhängt ab heuer im Winter Fahrverbote, wenn der Feinstaub-Grenzwert an mehr als fünf Tagen überschritten ist.

Damit wird endlich ein Schritt für eine bessere Luft in Graz gesetzt, für weniger hustende Kinder, für mehr Lebensqualität in der Stadt. Unpassend sind da die Unkenrufe der ÖVP-Verkehrslandesrätin Kristina Edlinger-Ploder. An erster Stelle steht die Gesundheit! Da wird hoffentlich auch noch die junge Landesrätin draufkommen. **ts**

EU-Briefkästen: Widerstand mit Erfolg

Letztlich hatte der Widerstand gegen die von der EU vorgeschriebenen neuen Hausbriefanlagen, deren Kosten die Mieter tragen müssen, genützt. Nach einem oberstgerichtlichen Urteil wurde die Verpflichtung zum Tausch abgeblasen.

Genossenschaften wie ÖWGES und GWS haben die Montage mittlerweile gestoppt. Und auch aus dem Büro von Stadträtin Elke Kahr heißt es: „Wir



bleiben bei den alten Briefkästen.“

Die Bestellung der neuen EU Briefkästen für 4200 Gemeindewohnungen wurde storniert.

1. Oktober: Mitmachen - Franz Parteder wählen!

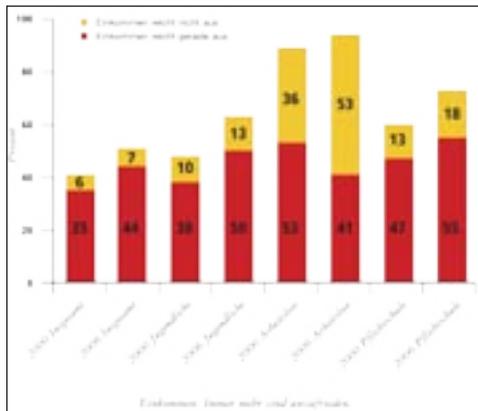


Euro immer weniger wert!

Immer mehr Menschen – auch wenn sie einer Erwerbstätigkeit nachgehen – kommen nicht mehr über die Runden. Die Zufriedenheit mit dem Verdienst geht massiv zurück. Das hat eine Studie der Arbeiterkammer festgestellt.

Trotz Arbeit arm

Die finanzielle Lage von Hilfsarbeitern hat sich in den vergangenen Jahren weiter verschlechtert. Im Jahr 2000 gaben 55 Prozent an, dass ihr Einkommen gerade ausreichend sei. 2006 ist der Anteil in dieser Gruppe auf 62 Prozent gestiegen. Beschäftigten mit nur Pflichtschulabschluss fällt es derzeit generell schwerer, mit dem Einkommen das Auslangen zu finden, als noch vor sechs Jahren: „Sehr gut“ oder „gut“ vom Einkommen leben können heute 27 Prozent dieser Gruppe, im Jahr 2000 waren



es noch 40 Prozent. Gründe gibt es viele:

Die Euro-Teuerung

Der Schilling-Euro-Umrechnungskurs hat sich negativ ausgewirkt – gerade

bei vielen Kleinigkeiten gilt: 10 Schilling ist gleich ein Euro.

Hohe Energiepreise

Die Treibstoffpreise sind hoch wie noch nie. Das Heizöl ist superteuer, auch andere Heizungsarten orientieren sich daran.

Brotpreise steigen

Die Brotpreise steigen im Herbst, eine Erhöhung von 15 bis 20 Prozent ist angekündigt. Auch bei Fleisch wird es Preiserhöhungen geben.

Auf der anderen Seite



Er ist gegen die Belastungen: Franz Stephan Parteder ist steirischer Spitzenkandidat der KPÖ für die Nationalratswahl am 1. Oktober.

stehen stagnierende Einkommen und Pensionen – außer bei Spitzenmanagern (wir berichten auf Seite 2).



Der Regisseur Kurt Palm bei seiner Veranstaltung „Der Wolfgang ist fett und wohlauf“ über Mozart in Graz. Kurt Palm ist einer der Spitzenkandidaten der KPÖ bei der kommenden Nationalratswahl – ein guter Grund, die KPÖ zu wählen!

Millionärssteuer: Petition läuft an

Vermögen von mehr als einer Million Euro sollen mit einer Vermögensteuer von fünf Prozent, zweckgebunden für Existenzsicherung und Armutsbekämpfung, besteuert werden. Der Einsatz für diese Idee ist ein wichtiger Punkt im KPÖ-Wahlkampf.

Eine Petition mit diesem Inhalt liegt in den kommenden Wochen bei der KPÖ (Bezirksbüros, Infostände, Wahlkampfaktionen) auf – wir bitten um Unterzeichnung! Unterschriftenbögen können unter der Telefonnummer

0 3 1 6 / 7 1 2 4 7 9 bezogen werden oder bei www.kpoe-steiermark.at heruntergeladen werden.



Ganze steirische Breite:

Die Liste der Grazer KPÖ (Wahlkreis 6A)

Die Listen der steirischen KPÖ zeigen, dass sich viele Menschen Veränderungen für Österreich wünschen. Viele Steirerinnen und Steirer aus allen Bereichen des Lebens haben sich bereit erklärt auf den Listen der steirischen KPÖ zu kandidieren.



1 Parteder Franz Stephan, Journalist
 2 Moazedi Eva, Apothekerin
 3 Funovits Philipp, Student
 4 Taberhofer Ulrike, DaF-Lehrerin
 5 Sikora Christian, Exekutivbeamter

6 Gruber Karin, Sozialarbeiterin
 7 Eber Manfred, Angestellter
 8 Felbinger Kirsten, Diplompädagogin
 9 Piech Alfred, Jugendarbeiter
 10 Ulbl-Taschner Edeltrud, Sozialarbeiterin



Veränderung beginnt mit einer guten Wahl.

in Stadt & Land

Das will die steirische KPÖ

- ▲ Mietzinsobergrenzen für alle Wohnungen
- ▲ Gemeindewohnungen auf Kasernengrund
- ▲ Keine Privatisierung von öffentlichem Vermögen. Erhaltung der Grundversorgung (Gesundheitswesen, Pensionen...) im öffentlichen Eigentum
- ▲ Verpflichtung von Betrieben, die keine Lehrlinge ausbilden, in einen öffentlichen Fonds einzuzahlen, mit dem öffentliche Lehrwerkstätten finanziert werden
- ▲ Sozialpass für Menschen mit geringem Einkommen
- ▲ Abschaffung der Regresspflicht bei der Sozialhilfe
- ▲ Abschaffung der Selbstbehalte im Gesundheitswesen
- ▲ Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Mieten, Betriebskosten und Medikamente
- ▲ Nahverkehrsabgabe zur Finanzierung des Öffentlichen Verkehrs
- ▲ Kürzung von Politikerprivilegien.
- ▲ Millionärssteuer
- ▲ Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Pensionen und Gesundheit
- ▲ Aktive Neutralitätspolitik statt Beteiligung an einer Euroarmee
- ▲ Keine Stationierung der Eurofighter im Aichfeld

ÖGB-wohin?

Die Reichen werden immer reicher. Wir leben in einer Zeit des Sozialabbaus und des Angriffs auf elementare Rechte der Arbeiter. Aber der ÖGB ist vor allem mit sich selbst und den Folgen des Bawag-Skandals beschäftigt.

Dort redet man von 11.000 Euro (!) als Gehalts-Höchstgrenze für Spitzenfunktionäre.

Der ÖGB steht an einem Scheideweg. Ohne Demokratisierung und echten Einsatz für die Benachteiligten ist eine Wende zum Besseren nicht zu erreichen.

Wir treten für eine grundlegende Veränderung der Gewerkschaftspolitik ein. Gewerkschafter müssen wissen, für wen sie da sind. Und das sind nicht die Leute vom Golfplatz oder die Mieter von Luxuswohnungen.

Wolfgang Feigl, Kandidat auf der KPÖ-Liste Weiz/Hartberg: *Meine Schwerpunktsetzungen liegen in der Energiepolitik (energieautarke Gemeinden), Ausbau und Verbesserung der Ostbahn, sowie die zweckgebundenen Verwendung der Klimamilliarde.*

geben
statt
nehmen

KPÖ

<http://www.kpoe-steiermark.at>

Landesparteiliste:

1. Parteder Franz, Journalist



2. Egger Elfriede, Gemeinderätin



3. Scherz Peter, Werkzeugmacher



4. Moazedí Eva, Apothekerin



5. Feigl Wolfgang, Energie-Rebell

Franz St. Parteder: „Die Not lindern!“ Altersarmut wirksam bekämpfen!

„Die steirische KPÖ begreift sich als Anwältin der älteren Menschen“. Das stellte Landesvorsitzender und Spitzenkandidat bei den Nationalratswahlen, Franz Stephan Parteder, fest.

Gerade die älteren Menschen spüren den Sozialabbau, die steigenden Belastungen und die Verschlechterungen beim Pensionssystem besonders stark. Sie sollen länger arbeiten und werden als erste in die Arbeitslosigkeit

geschickt. Selbstbehalte im Gesundheitssystem treffen sie ebenfalls stärker als Jüngere. Deshalb stehen die Vermeidung von Altersarmut der Rentnerinnen und Rentner und der Kampf gegen die immer ungleicher werdende Einkommensverteilung im Alter auch im bevorstehenden Nationalratswahlkampf im Zentrum unserer Vorschläge.

Parteder: „Die Selbstbehalte im Gesundheitswesen gehören abgeschafft!“ – „Für die Rücknahme der Pensionsreform!“



Gute Arbeit in Stadt und Land

Im vergangenen Herbst hat Ernest Kaltenegger den Wiedereinzug der KPÖ in den steiermärkischen Landtag geschafft. Die steirische KPÖ leistet nun auch im Landtag, so wie in Graz mit den Stadträtinnen Elke Kahr und Wilfriede Mongioudis, hervorragende Arbeit.

Eine Stimme für die KPÖ

bei der Nationalratswahl könnte ein Zeichen setzen, dass auch dort die alltäglichen Probleme der Menschen in unserem Land stärkere Beachtung finden. Viele Menschen sind von einer Politik enttäuscht, die nur die Reichen begünstigt und die Schwächeren belastet. Deshalb wollen sie gar nicht

Eurofighter - Nein danke

Die SPÖ redet gegen den Kauf der Eurofighter, die ÖGB-Bank Bawag besorgt für die Regierung die Finanzierung dieses Milliarden-Rüstungsgeschäfts. Das alles ergibt nur dann einen Sinn, wenn man weiß, dass die Eurofighter am Standort Zeltweg genau in das Konzept der Euro-Armee passen. Deshalb sagen wir weiterhin Nein zu den Eurofightern und zur Aushöhlung der österreichischen Neutralität.

Die Steiermark darf nicht zur Militärregion werden. Dafür steht die KPÖ!

mehr zur Wahl gehen.

Aber: Am 1. Oktober steht die KPÖ am Stimmzettel – und eine Stimme für die KPÖ wirkt!

Es besteht die Möglichkeit eine Vorzugsstimme für Franz St. Parteder abzugeben. Achten Sie aber bitte darauf, die Liste 5 eindeutig anzukreuzen.

Warum Sie diesmal die KPÖ wählen sollten

Die KPÖ will eine nützliche Partei für die Bevölkerung sein. Ich hoffe, dass wir das im Landtag und in den Gemeinden beweisen.

Sozialabbau und Privilegienwirtschaft gehen nicht mehr so leicht, wenn die KPÖ als Gegengewicht aufscheint.

Das gilt auch für die Nationalratswahl. Deshalb bitte ich Sie: Gehen Sie am 1. Oktober zur Wahl und beziehen Sie die KPÖ in ihre Überlegungen ein.

Ihr Ernest Kaltenegger

Klubobmann der KPÖ im Steiermärkischen Landtag
Tel. 877 / 5104

Die KPÖ können Sie nicht verwechseln!

Viele Menschen sind von einer Politik enttäuscht, die nur die Reichen begünstigt und die Schwächeren belastet. Deshalb wollen sie gar

nicht mehr zur Wahl gehen. Aber: am 1. Oktober steht die KPÖ am Stimmzettel – und eine Stimme für die KPÖ wirkt!

T-Shirts, Buttons, Werbematerialien

Wer den Wahlkampf der KPÖ unterstützen

möchte kann kostenlos Flugblätter und Buttons (Vota Comunista; Fürchtet Euch nicht, Che) bestellen.



Die T-Shirts mit dem Aufdruck „Fürchtet Euch nicht“ in rot oder Vota Comunista“ (links) in weiß, grau und schwarz in den Größen S / M / L / XL / XXL, sie kosten 10 Euro pro Stück).

Bestellungen:
Tel. 71 24 79, oder auf der Website: www.kpoe-steiermark.at



„Geben statt nehmen“

...ist für KPÖ-Politiker mehr als nur ein Wort. Überall dort, wo KP-Politiker ein Einkommen aus politischen Mandaten beziehen, geben sie, entsprechend dem Statut der KPÖ, einen Großteil ihres Politeinkommens für soziale Zwecke an Bedürftige zurück. Sie behalten sich nur das, was ein durchschnittliches Facharbeitereinkommen ausmacht (ca. 1900 Euro). So wurde es zum Beispiel möglich, dass die Grazer KPÖ-Stadträtin Elke Kahr in etwa 8 Monaten 230 Menschen mit 26.000 Euro unterstützen konnte. Beim „Tag der offenen Konten“ geben die KPÖ-Mandatare Rechenschaft über die Verwendung

dieser Gelder.

Die KPÖ hat in Graz mit Unterstützung der Bevölkerung durchgesetzt, dass niemand in stadteigenen Wohnungen mehr als ein Drittel seines Einkommens für Miete und Betriebskosten ausgeben muss.

Beispiel für gute Sozialpolitik.

Seit die KPÖ in Graz mitregiert, wurden unter Ernest Kaltenegger und seiner Nachfolgerin, Wohnungsstadträtin Elke Kahr, mehr als 600 Gemeindewohnungen mit Nasszellen ausgestattet, viele Häuser saniert und auch neue Gemeindewohnungen errichtet.



Franz Parteder – **KPÖ**

... um die Zahlungsbereitschaft zu erhalten

VON GERHARD M. DIENES

Graz, die Steiermark und die osmanischen Türken, von toleranten Muslimen und Grazer Würdenträgern im fernen Orient.

Unser Bild des Orients ist nach wie vor bestimmt von der seinerzeitigen Türkengefahr, die letztendlich das „österreichische Heldenzeitalter“ bedingte. Es war Prinz Eugen von Savoyen, der die Habsburgermonarchie vom „Türkenjoch“ befreite; er, der „edle Ritter“, war es, der im Namen der Monarchie den vom Halbmond rückeroberten Gebieten überall „Glück und Segen“ brachte.

Es darf aber nicht verschwiegen werden, dass sich die osmanischen Türken gegenüber den Bewohnern der von ihnen besetzten Gebiete tolerant zeigten, ja sogar die Religionsausübung von Juden und Christen war geduldet – während in christlichen habsburgischen Erbländern die Protestanten ausgewiesen wurden. Schließlich profitierten die Bewohner auch von der kulturellen Hochblüte des osmanischen Reichs.

Die Türkengefahr und -bedrohung soll keineswegs verharmlost werden. Hingewiesen sei beispielhaft auf das Jahr 1529, als die Osmanen allein aus dem oberen und mittleren Mürztal 800 Personen in die Gefangenschaft geschleppt haben. Andererseits erlangten beispielsweise etliche Grazer am Hofe des Sultans in Istanbul hohe Ehren: ein Mahmud aus Graz brachte es bis zum Truchsess, ein Ahmed aus Graz bis zum Großwesir.

Erwähnt gehören die vielen zeitgenössischen Texte, die von den Qualen berichten, unter denen die Bevölkerung durch die Türken litt, wie etwa der Kärntner Pfarrer und Chronist Jakob Unrest, der Gott zu Hilfe rief: „O Got von Hymel, es wer Zeit, das das krysten-

leiche Swert dem Turkischen Sabel sein Schneydt nam!“

Hingewiesen sei auch darauf, dass „die osmanischen Glaubenskämpfer (Ghazil) ihre Aggressivität und Beutegier“ auch aus dem Umstand bezogen, „dass die Mehrzahl ihren Lebensunterhalt durch Raub und den Verkauf von Gefangenen am Sklavenmarkt bestreiten musste. So wurden sie zum Schrecken der Bevölkerung in den bedrohten habsburgischen Ländern, die ihre Fremdartigkeit, Zerstörungswut und Grausamkeit fürchtete“, wie Peter Krenn im Katalog zur Zeughaus-Ausstellung „Imperial Austria“ im Jahr 2000 auf der Burg Rabenstein ausführt. Un erwähnt bleibt zumeist, dass gerade in der Zeit der viel zitierten Bedrohung im Umland von Graz zahlreiche Schlösser und Edelsitze ohne Wehrfunktion entstanden, die dem Adel und der reichen Bürgerschaft behagliches Landleben und Erholung boten.

Die Türken erschienen zweimal, 1480 und 1532, vor der Stadt. Dennoch war über zwei Jahrhunderte das Bewusstsein einer türkischen Bedrohung bei den Menschen lebendig. Die historische Forschung hinter-

fragte das lange nicht. Erst 1986 hob der Historiker Franz Pichler hervor, dass zu einer solchen Bewusstseinsverankerung nicht nur das Hörensagen oder die Schrecknisse einiger Jahre genühten. „Solche Erfahrungen“ liegen für Pichler tiefer „und haben ausgebreitere Wurzeln“. Pichler spricht

von einem propagandistisch wach gehaltenen türkischen Feindbild, „um dem ‚gemeinen Volk‘ die wachsende Steuerlast begreiflich zu machen und die Zahlungsbereitschaft im Fluss zu halten“.

In diesem Zusammenhang ist die Mär von der Eroberung der Stadt Graz und der Belagerung des Schloßberges 1532 zu erwähnen. Sie erzählt, dass der türkische Feldherr Ibrahim Pascha in der eingenommenen Stadt im Palais der Grafen Saurau in der Sporgasse residierte und den Schloßberg belagerte. Von den Schloßbergverteidigern wurde eine Kanonenkugel in

die Bratenschüssel des Türken geschossen, worauf dieser erzürnt schrie: „Wenn ich diesen heißen Ofen nicht haben kann, so mag ich auch die kalte Stube nicht!“ (oder: „Wenn ich die Festung auf dem Schloßberg nicht haben kann, so mag ich auch die Stadt nicht.“), und zog mit seinem Heer ab. Zur Erinnerung an diesen „Meisterschuss vom Schloßberg“ wurde eine hölzerne Türkenfigur in der Dachluke des Palais Saurau angebracht. Eine Version weiß, der dickleibige Türke bei seiner Flucht im Fensterrahmen stecken geblieben.

Die Geschichtsforschung sah die Holzplastik lange Zeit als Hausfreiungszeichen an, doch wurde sie ursprünglich als Ringelstechenfigur gefertigt. Günter Jontes konnte sie 1996 als Dekorationsfigur ausweisen und aufzeigen, dass der Schmuck von Häusern à la turca in Graz mehrfach geübt wurde. Jontes erkennt dies als ein Symptom der Faszination, die die exotische osmanisch-islamische Kultur auf die Abendländer trotz der militärischen und politischen Bedrohung ausübte.

Ein Ahmed aus Graz ehelichte eine Prinzessin und bekleidete in den Jahren 1579 und 1580 als Großwesir die höchste Würde des osmanischen Reiches.



Residenz Graz um 1700: Bollwerk oder Handelsstadt?

Alles paletti?

Von Bernd Schmidt

Da haben wir sie glücklich überstanden, die Festspiele, Freilichttheateraufführungen, Konzerte und Events – von Salzburg und Bregenz bis Mörbisch und Mistelbach. Zugegeben, den weniger Betuchten unter uns, die wir nicht live in Smoking und Abendkleid an der Salzach oder in Salonsteiner und Edeldirndl am Neusiedlersee zu weilen die Ehre oder Verpflichtung hatten, setzte man den einen oder anderen Happen von ORF-Gnaden im heimischen Patschenkino vor; so ersparten wir uns den Smoking und das Abendkleid.

Aber, Hand aufs Herz, bei aller fraglosen Qualität von Anna Netrebko, Nikolaus Harnoncourt, Thomas Hampson oder Harald Serafin: Sahen wir nicht eigentlich immer wieder das erstaunlich verzerrte Bild vom Wagen, der vor die Pferde gespannt war? Ist diese Welt des Fest-Spielens nicht eine verkehrte? Zieht da nicht in der Tat die Kultur als dienendes Ross (oder als dienender Esel) seinen „Herrn“ Tourismus?

Die berühmt-berüchtigte Mozartkugel ist in ihrer prallen Rundlichkeit ein Symbol – für die elegante Glätte und die verführerische Süße des Hochkulturbetriebs: An ihr prasselt nicht nur der Salzburger Schnürlregen ab, sondern auch manche Politiker-Worthülse rutscht ungehört und unkritisiert die Zellophanhülle hinunter. Und liegt dann, einem zertretenen Tschick nicht unähnlich, in einer Pfüte.

Fazit: Der Kunstgaul keucht, während sich der Tourismus am Geldkuchen delektiert. Und dabei wohligh grunzt, fragt man ihn nach seinem Befinden: Alles paletti!



KULMINATION. Vom Fuß des Kulm kommt die größte Band, die je am Volkshausfest zu Gast war. 24 Musiker werden ihr Big-Band-Repertoire zum Besten geben und Stücke von Duke Ellington, Glen Miller, Joe Zawinul und Eigenkompositionen von Bandleader Alfred Lang spielen.



LO FI BOHEME. Nichts ist den fünf Musikern heilig, weder Kitsch noch Pathos. Sie servieren eine Kraftbrühe aus Chansons, Western-Soundtracks, Soul, Folk und Jazz, angereichert durch ächzende Gesänge, jammernde Gitarren und zerbröselte Rhythmen.



BRAVE BUBEN. Brav oder doch ein wenig schlimm, das ist hier die Frage. Die Musik der Buben, denen auch ein Mädchen angehört, kommt aus dem wilden Herzen Europas. Musik aus den Städtles, von Cannabisfeldern am Schwarzen Meer, von der jüdischen Hochzeit steht am Programm.

AM 9. SEPTEMBER, LAGERGASSE 98A Volkshausfest 2006:

Am 9. September wartet ein buntes, musikalisches Feuerwerk auf die Grazer, wenn in der Lagergasse 98a das Volkshausfest 2006 über die Bühne geht. Fünf Musikgruppen und mehr als 40 Musiker werden bei jedem Wetter für Stimmung sorgen.

Wer am 9. September noch nichts vor hat, hat es gut. Und wer schon etwas vor hat, sollte diesen Termin möglichst verschieben. Denn im Volkshaus in der Lagergasse geht es ab 15 Uhr rund. Fünf multikulturelle Musikgruppen werden für Unterhaltung sorgen, dazu gibt es nachmittags ein Kinderprogramm und Speis und Trank für jedermann.

Für Programmgestalter Lothar Lässer, Akkordeonspieler und Grazer mit Vorarlberger Wurzeln, ist das Volkshausfest ein Höhepunkt im Grazer Veranstaltungskalender. Schon zum zehnten Mal hat er sich der „Dramaturgie“ des Fests angenommen und hochwertige Musiker in die Lagergasse gelotst.

Die Eröffnung macht demnach die Big Band „Kulmination“, danach spielen Lässers „Brave Buben“ auf.

Die Buben werden auch den Stargast des Abends begleiten: Franz Stephan

Parteder wird Beatles-Lieder interpretieren – in steirischer Mundart. Danach steht die immer wieder beliebte *Tom-bola mit Ernest* (Kaltenegger) am Programm.

Der Abend gehört „Lo-FiBoheme“, „koop kitsch“ und „Disciplin A Kitschme“ – da zeigt sich der Osteuropa-Schwerpunkt, der seit



Fest-Organisator Lothar Lässer

Jahren das Volkshausfest auszeichnet.

Anstatt einzelner Individualisten setzt Lässer bei seiner Auswahl auf den Bandcharakter: „Gemeinschaften von Musikern werden sich beim Volkshausfest vorstellen.“ Wir warten mit Freude darauf.



KOOP KITSCH. Hält Arbeiter- und Revolutionslieder der verschiedensten Epochen hoch – in einer eigenwilligen und bizarren Darbietung. Die Intonierung beim Volkshausfest ist sogar eine Welturaufführung!

Fulminante Unterhaltung



Auch 2006 erwartet die Gäste des Volkshauses ein tolles Programm.

Steirer-Beatles mit Franz Stefan Parteder • Großes Kinderprogramm • Tombola mit Ernest



DISCIPLIN A KITSCHME. Aus Belgrad stammen die Musiker um den Bassisten Koya (aka Black Tooth), die für eine explosive Mischung aus Rhythmik, Aggressivität, und Experiment steht. Bass und Schlagzeug und sonst fast nichts versprechen neue Musikerlebnisse.

Samstag
9.9.
ab 15 Uhr
Lagergasse 98a
bei jeder Witterung

**Kulmination
Brave Buben
LoFiBoheme
koop kitsch
Disciplin A Kitschme**

FÜR KINDER:

Kinder kommen beim Volkshauses sicher nicht zu kurz. Von 15 bis 18 Uhr stehen am Gelände des interkulturellen Kindergartens viele tolle Aktivitäten am Programm:

Kinderschminken, Jonglieren, Stelzengehen, Ball- und Fallschirmspiele

Dazu kommt Zauberer Erich zu Besuch. Er zeigt nicht nur ein Zauberthetear, sondern bringt den Kindern sogar das Zaubern bei.

Außerdem gibt es für Kinder Gratis-Eis von der Konditorei Philipp.



Erich kommt mit dem Zauberkoffer.



Tombola mit Ernest und Elke.

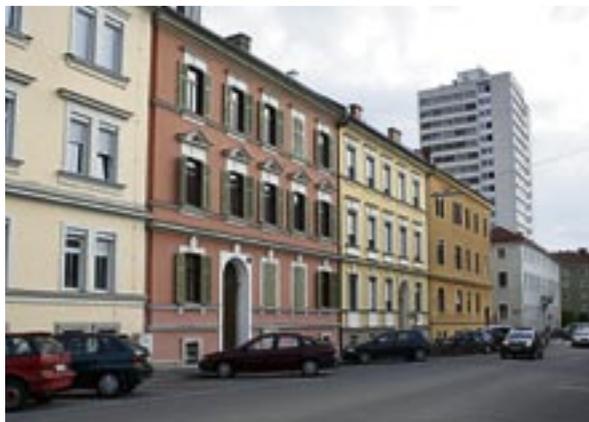


JAKOMINI

Bürgerproteste abgewiesen!

Zu den Bebauungsplänen beim ehemaligen Tierhospital gegenüber der GKK und beim Hafnerriegel (Studentenheim) gab es zahlreiche Einwendungen von Anrainern zur Einhal-

Anrainerproteste und Bürgerinitiativen für eine konstruktive Stadtentwicklung wertvoll sind und die Politik gut daran tut, dafür immer ein offenes Ohr zu haben“, mahnt Schmalhardt in Richtung Stadtregierung.



tung des Immissionsschutzes und des Flächenwidmungsplanes. „Mit der Mehrheit von ÖVP und SPÖ gegen die Stimmen der KPÖ wurden in der Berufungskommission nun beide Bebauungen in der Fassung der Erstinstanz genehmigt“, berichtet Bezirksvorsteher-Stv. Herbert Wippel von der KPÖ enttäuscht.

Erfolg für Bürgerinitiative!

„Widerstand zahlt sich aus, auch wenn der Gegner übermächtig erscheint“, kommentiert KPÖ-Klubobmann Schmalhardt den Etappensieg in Sachen Bebauungspläne rund ums Moserhofschlössl. „Es freut mich sehr, dass es nach den Protesten der Bürgerinitiative ‚Grünraumerhaltung rund um die Grazer Messe‘ ein Umdenken bei den Stadtplanern gab.“ Das historische Schloss bekommt nun einen öffentlichen Park, anstatt zugebaut zu werden. „Es ist ein Beweis dafür, dass

MARIATROST

Lärm: Schmerzgrenze überschritten

16.000 Fahrzeuge befahren täglich die Mariatrosterstraße – davon allein 670 Lkw. Das bedeutet eine Lärmbelastung von 75 bis 80 dB am Tag – deutlich mehr, als die WHO für Wohngebiete vorgibt. Für die geplagten Anrainer bringt das eine Entwertung der Grundstücke entlang des Verkehrskorridors, ein erhöhtes Gesundheitsrisiko (Stress, Schlaflosigkeit...) und eine enorme Beeinträchtigung der Lebensqualität. Vor allem der Schwerverkehr, dessen Lärmbelastung 5 bis 15 Mal so hoch ist wie der Pkw-Lärm, hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Zwei Drittel dieses Verkehrs stammen übrigens aus dem Bezirk selbst.

Dr. Elmar Ladstädter, selbst betroffener Anrainer, meint, dass jahrelange ver-



fehlte Siedlungs- und Verkehrspolitik – z. B. der Bau größerer Siedlungen ohne Anbindung an den öffentlichen Verkehr (Beispiel Marlandsiedlung) – sowie die fehlende Planung mit den Umlandgemeinden diesen unhaltbaren Zustand beschert haben. Er und KP-Gemeinderat Andreas Fabisch fordern nun Sofortmaßnahmen wie gewichtsabhängige Geschwindigkeitsbegrenzungen, Radargeräte mit Geschwindigkeitsanzeigen am Straßenrand und regelmäßige Geschwindigkeitskontrollen. „Eine Geschwindigkeitsbeschränkung von 30 km/h für LKWs und 40 km/h für PKWs hätte etwa den gleichen Effekt auf den Verkehrslärm wie die Halbierung der Verkehrsfrequenz“, so Dr. Ladstädter.

Jakomini - Termine:

12. September: Treffen der Bürgerinitiative „Grünraumerhaltung rund um die Grazer Messe“ um 18:00 Uhr beim Messeparkplatz in der Fröhlichgasse. Anschließend um 18:30 Uhr: Sprechstunde im Bezirksamt zum Bebauungsplan Fröhlichgasse.

21. September: Spaziergang durch die Innenhöfe in Jakomini mit qualifizierter Führung des Naturschutzbundes; Treffpunkt 16:00 Uhr, Ecke Dietrichsteinplatz/Münzgrabenstraße.

PUNTIGAM

Stoppt die Raser auf Schleichwegen

Beim letzten Treffen der „Bürgerinitiative Rudersdorferstraße“ gab es wieder verstärkte Kritik an den mangelnden Verkehrskontrollen. Da die Triesterstraße nach wie vor eine Riesen-Baustelle ist, wird die parallel dazu verlaufende Rudersdorferstraße von vielen als Ausweichstrecke benutzt. Obwohl die Höchstgeschwindigkeit 30 km/h beträgt, halten sich die wenigsten an die Geschwindigkeitsbeschränkungen. Katastrophal ist vor allem die Situation bei den Bus-



haltestellen, für die es keine eigenen Inseln gibt.

Bezirksvorsteher-Stv. Roswitha Koch fordert daher dringend eine verstärkte Überwachung der 30er-Zone, vor allem wegen des nahenden Schulanfangs, wo Schulkinder gezwungen sein werden, praktisch auf der stark befahrenen Straße auf den Bus zu warten.

GÖSTING

Schon mehr als 1000 Unterschriften

Die Unterschriftenaktion gegen die Schließung des Bezirksamtes Gösting hat bisher über 1000 Unterschriften gebracht. Es geht aber noch weiter bis Ende September. Besonders freut die KPÖ Gösting, dass auch andere Bezirke ihr Bezirksamt entdecken und ebenfalls Unterschriften für mehr Bürgernähe sammeln. „Der nächste Schritt wäre dann die Aufwertung der Bezirksamter!“, meint KP-Bezirksrat Gerhard Strohriegl.

Drohende Schließung der WC-Anlage

Beim Eingang zur Strassengelstraße (Lösieranlage) befindet sich eine mobile WC-Anlage. „Noch, denn laut Aushang durch die Stadt Graz soll

Ende August Schluss sein damit. Angeblich sind die Einnahmen und somit die Frequenz zu gering, obwohl drei Buslinien dort zusammentreffen und das WC von zahlreichen Wanderern, Schulklassen, Kindergärten usw. genutzt wird“, empört sich Bezirksvorsteher Stv. Gerhard Strohriegl (KPÖ).

Erst vor ein paar Monaten hatte man im Grazer Gemeinderat den Beschluss gefasst, die Benützung der öffentlichen WCs gebührenpflichtig zu machen. „Nach Intervention durch die Bezirksvorstehung soll es jetzt zuvor noch ein klärendes Gespräch zwischen Amtsleiter DI Dr. Fritsch und dem zuständigen Stadtrat Dr. Riedler geben“, hofft der KP-Mandatar.



KPÖ-BEZIRKS- UND GEMEINDERÄTE: VOR ORT FÜR SIE DA

GEIDORF

Warten auf das Wartehäuschen

Auf Antrag der KPÖ im Juni 2004 hatte der Bezirksrat Geidorf einstimmig darauf gedrängt, dass die GVB bei der Haltestelle Richard-Wagner-Gasse einen überdachten Bereich schaffen sollten. Vor allem, weil dies die nächste Haltestelle zu den Seniorenwohnungen in der Körblergasse ist, deren Bewohner auf den öffentlichen Verkehr angewiesen sind. Im Herbst 2005 wurde tatsächlich die Errichtung für das Jahr 2006 versprochen. „Viel Zeit bleibt nicht mehr. Für den Herbst wäre es schön, bereits im Trockenen warten zu können“, hofft KP-Bezirksrätin Gerti Stangl.



Bäckerei-Konditorei König ist in einem desolaten Zustand. Bezirksrätin Gerti Stangl wird daher bei der nächsten Bezirksratsitzung im September einen Antrag stellen, damit dieser Gehsteig generalisiert wird.

Wie gut wäre jetzt eine

Torte...

...gäbe es nur eine Konditorei in der Nähe! Bewohner rund um den Geidorfplatz bedauern das Fehlen einer Cafe-Kondi-



tores, wo man gemütlich beim Kaffee beisammensitzen und auch einmal eine Torte oder den einen oder anderen Kuchen schlemmen kann. Ambitionierte Gastronomen sind aufgerufen, diese Marktlücke im Bezirk zu schließen, meint KP-Bezirksrätin Gerti Stangl.

Neuer Gehsteig für Theodor-Körner-Straße

Der Gehsteig in der Theodor-Körner-Straße auf der linken Seite in Richtung Andritz von der Haltestelle Carnerigasse bis zur

GRIES

Desolates Bezirksamt!

„Solange die Diskussion über die Zusammenlegung der Bezirksämter anhält, scheint man sich auch über die Ausstattung und den Zustand der Räumlichkeiten keine Gedanken zu machen“, ist Bezirksvorsteher-Stv. Inge Arzon (KPÖ)



empört und drängt: „Das Bezirksamt in Gries ist in einem derartigem Zustand, dass auf keinen Fall solange gewartet werden kann, bis sich ÖVP und SPÖ über den Verbleib oder die Schließung des Bezirksamtes in Gries einig haben.“

ST. PETER

Probleme beim Kfz-Verkehr endlich lösen

Der Bezirk St. Peter wird immer stärker vom Verkehr überrollt. Es sind gerade klassische Wohngebiete, die durch den motorisierten Individualverkehr zunehmend belastet werden. Beispielsweise fahren durch die Händelstraße immer mehr Autos. Die vorgeschriebene Ge-



schwindigkeit wird kaum eingehalten. Wir haben vor Jahren die zuständige Verkehrsabteilung mit dem Problem befasst. Leider ist, wie an so vielen Ecken, nicht wirklich etwas geschehen, um die Situation zu entschärfen. Die Fahrgeschwindigkeit stärker zu überwachen, um die Straße sicherer und ruhiger zu gestalten, hat bisher nicht wirklich stattgefunden. Stadtrat Rüsich setzt zwar auch in dieser Situation auf stärkere Kontrolle. Aber das Verkehrsproblem großflächiger zu lösen, wird

immer dringlicher. „Wir werden mit ganzer Kraft für eine Lösung dieser Fragen eintreten, auch wenn kaum jemand mehr daran glauben kann“, verspricht KP-Gemeinderat Johann Slamanig.

Bücherbus

Der Bücherbus hatte bislang seinen Standort bei der Einfahrt in die Wienerbergersiedlung IV (St. Peter). Er musste jetzt

der Verlängerung der Straßenbahnlinie 6 weichen. Die Planungsgruppe hat den Bücherbus jedoch nicht in die Neugestaltung eingebaut.

In dieser Siedlung hat der Bücherbus die höchsten Entlehnungszahlen. Es ist auch Kindern möglich, sich ihre Bücher allein zu holen und diese wieder zurückzubringen, da der Bücherbus derzeit auf einer verkehrsfreien Fläche steht. In Zeiten der Schließungsaktivitäten anderer Büchereizweigstellen ist es wichtig, bestehende Standorte aktiv zu halten. Andreas Fabisch (KPÖ) trat in einer Anfrage an den Bürgermeister dafür ein, dass der Bücherbus nach Fertigstellung der Umkehrschleife der Linie 6 im Siedlungsbereich Wienerberger IV einen fixen Standplatz bekommt.

STRASSGANG

Radweg unterbrochen

Klubobmann Sepp Schmalhardt von der KPÖ zeigt sich erstaunt, dass der Lückenschluss des Radweges zwischen Puntigam und Strassgang im Bereich der Gradnerstraße noch immer nicht erfolgt ist. „Hier ließe sich mit wenig Aufwand das Radnetz wesentlich verbessern“, ist Schmalhardt überzeugt.



Tempo 30

Für Tempo 30 in der Strassgangstraße im Bereich Schererstraße tritt Gemeinderat Johann Slamanig ein. In einer Anfrage an den Bürgermeister weist er auf folgende Tatsache hin:

An der Strassgangstraße im Bereich der Schererstraße sind die Bewohner dieser Siedlung besorgt über die mangelnde Verkehrssicherheit. In Kürze wird hier der Spielplatz eröffnet.

Nun ist die Situation derart problematisch, weil einerseits die erforderlichen Gehsteige und Schutzwege fehlen.

Andererseits gibt es dort zwei Bushaltestellen. Kinder queren die Straße vor und hinter den Bussen.

Bis tatsächlich der gesamte Straßenbereich baulich gesichert wird, ist Tempo 30 als Übergangsmaßnahme angebracht.



LIEBENAU

Was ist mit dem Südgürtel?

Seit 30 Jahren wartet Liebenau auf den unterirdischen Südgürtel, der die Bewohner des Murfeldes und von Alt-Liebenau gewaltig entlasten würde.

Nun hat Verkehrslandesrätin Kristina Edlinger-Ploder versprochen, das Projekt als eines von drei Großprojekten bis 2010 umzusetzen – wenn der Bund mitzahlt. Wie heißt es so schön: Die Hoffnung stirbt zuletzt...

Glücksspiel gefährdet Lebensglück

Stadtblatt-Umfrage: Wie die Grazerinnen und Grazer zum Glücksspiel stehen.

Vom Glücksspiel halte ich gar nichts. Meiner Meinung nach ist das eine Idiotensteuer. Ich bin aber dagegen, das Glücksspiel zusätzlich zu besteuern, denn jeder muss selbst wissen, was er tut. (Klaus Haditsch, Pensionist)



Das Glücksspiel ist eine schmutzige Sache. Ich kenne eine Frau, die damit bereits zwei Geschäfte verloren hat, und nach wie vor steckt sie jeden Cent hinein. Glücksspieler sind kranke Menschen. (Maria Zinke, Pensionistin)



Das Glücksspiel lehne ich ab. Um Spielsucht kranke dazu zu bringen, von ihrer Sucht zu lassen, sollte man das Angebot an Glücksspielmöglichkeiten einschränken, zum Beispiel indem man die Anzahl der zugelassenen Cafés limitiert. (Mag. Caroline Stern, Lehrerin)



STEUER AUF AUTOMATEN, WARNHINWEISE

KPÖ kämpft gegen ruinöse

Spielautomaten, Wettbüros, Internet-Spiele – fast allorts versucht man, den Menschen Geld aus der Tasche zu ziehen. Das Glücksspiel um Geld – in Wettcafés, an Automaten und im Internet boomt. Die KPÖ will dem Glücksspielmarkt einen Riegel vorschieben.

Brot und Spiele“ lenkten schon im alten Rom das Volk davon ab, zuviel über seine Probleme nachzudenken und den Herrschenden das Herrschen leichter zu machen. Der Slogan stimmt noch heute, nur das Angebot hat sich geändert: Statt auf Gladiatoren zu wetten, gambelt man heute am einarmigen Banditen, verpulvert Geld am Poker- oder Roulettetisch oder verjuxt sein Vermögen im Wettcafé oder Internet. Dem ruinösen Glücksspiel will die KPÖ Schranken setzen.

„Tausende Menschen sind vom Glücksspiel betroffen. Wir wollen dieses Problem in Österreich einheitlich geregelt haben“, so KPÖ-Klubchef Ernest Kaltenecker.

Bis dieses Ziel erreicht ist, solle das Glücksspiel-Unwesen mit den vorhandenen Möglichkeiten bekämpft werden – etwa durch eine andere Besteuerung der Automaten. „In Wien müssen die Betreiber 1.400 Euro pro Monat und Glücksspielautomat bezahlen, bei uns gerade 467,50 Euro“, so Kaltenecker, der den Wiener Betrag auch in der Steiermark verwirklicht haben möchte.

Außerdem soll das „Kleine Glücksspiel“ verboten werden. Der Einsatz dafür macht gerade 50 Cent aus, der Höchstgewinn beträgt 20 Euro. „Damit kann täglich sehr viel Geld verloren werden. Weil man es schwerer merkt, ist es noch gefährlicher“, so der KPÖ-Politiker.

Betrachtet man die Fakten in Sachen Spielsucht, besteht höchster Handlungsbedarf. Für die Schuldnerberatung Graz gehören Probleme mit dem Wettspiel zum Tagesgeschäft. Und laut „BAS“, dem Steirischen Verein für Suchtkrankenhilfe, sei der Bedarf an Hilfe für Spielsüchtige und Angehörige in den letzten zwei Jahren massiv gestiegen. „Das ist nach dem Alkohol unsere zweitstärkste Gruppe – noch vor den illegalen Drogen“, heißt es bei BAS. Der leichte Zugang sei das Hauptproblem.

SPIELSUCHT

Man schätzt, dass es in der Steiermark 15.000 spielsüchtige Menschen gibt. Das Einstiegsalter liegt bei 15 bis 18 Jahren, der durchschnittliche Spielsüchtige ist zwischen 25 und 40 und männlich. Ein Drittel der Spielsüchtigen hat über 35.000 Euro Schulden.

Ich persönlich halte vom Glücksspiel relativ wenig. Die Betreiber werden auch entsprechend besteuert. Allerdings sollte die Steuer dort anfallen, wo die Gewinne gemacht werden. Auch dann, wenn der Anbieter in Malta oder sonstwo sitzt. (Johannes Sudy, Student)



Das Glücksspiel ist eine Gefahr für die Menschen; die Folgen für Spielsüchtige sind verheerend. Ich bin unbedingt für eine Reglementierung dieser Gefahr. Wie beim Spiel im Casino, sollte eine Kontrollpflicht für alle Glücksspielanbieter gelten. (Harald Facchinelli, Goldschmied)





Immer leichter wird es, den Menschen Geld aus der Tasche zu ziehen. Glücksspiel-Cafes scheßen wie Schwammerln aus dem Boden, Internet-Wetten und Spielautomaten versprechen das große Geld. In Wirklichkeit verdienen daran nur die Betreiber.

Spielsucht

lem, denn „jedes Beisl kann einen Automaten aufstellen, manche leben gut von einem Automaten“.

Slogans wie „alles ist möglich“ versichern den Gefährdeten unterschwellig, dass sie auch gewinnen werden, meint man bei BAS. Die Spieler setzen zu 85 Prozent auf die Automaten, wobei in den letzten Jahren Probleme mit Wettcafes und Internet-Spielen zunehmen.

Zu BAS kommen die Menschen nach rund drei Jahren, wenn Banken kein Geld mehr hergeben oder Ehepartner die Schulden entdecken, die bis zu verpfändeten Häusern reichen. Auf Schuldgefühle und Selbstmordgedanken folgt ein harter Entzug, der

krankhafte Züge hat. Diese Menschen sind bei BAS oder auch der Sigmund-Freud-Klinik nicht allein. In letzterer bietet man ein stationäres Angebot für Spielsüchtige an, bei BAS gibt es Beratung und eine Selbsthilfegruppe mit Betroffenen, die das Problem gemeistert haben oder selbst noch damit kämpfen.

Diese Hilfen will die KPÖ verstärkt gefördert wissen. Und sie pocht darauf, dass Warnhinweise auf die minimale Gewinnchance hinweisen. Die KPÖ hat deshalb einen Antrag in den Landtag eingebracht. Neue Regeln tun Not – weil die Folgekosten die Allgemeinheit trägt. Und vor allem, weil Existenzen gefährdet sind.

**Helfen statt reden
Beratung in allen Lebenslagen**

Notruf 0316/ 877 5104

in Stadt
Land **KPÖ**

Wir beraten Sie gerne. Tel. Anmeldung erbeten. Freitag im Landhaus!

MEINUNG

KPÖ und GLB strikt gegen Privilegienwirtschaft

Spitzengewerkschafter sollten sich nicht von Arbeitern abheben



Die Reform des ÖGB lässt auf sich warten. Anscheinend sind einige Entscheidungen auf die Zeit nach der Nationalratswahl verschoben worden, um der SPÖ in den kommenden Wochen nicht zusätzliche Probleme zu bereiten.

Es kann nicht angehen, ausschließlich die Mehrheit der ÖGB-Bediensteten mit Einsparungsvorschlägen zu konfrontieren, während für die Spitzenfunktionäre Gehälter von 11.000 Euro pro Monat weiterhin zur Diskussion stehen.

Für das Bawag-Debakel sind die Spitzenleute verantwortlich gewesen. Das darf man jetzt nicht vergessen.

Unsere Haltung ist klar: Auch Spitzengewerkschafter sollten sich nicht allzu sehr von den Normalverbrauchern abheben. Deshalb treten wir gegen Postenschacherei und gegen Mehrfachbezüge ein: Wer monatlich so viel Geld ver-

dient wie ein Manager, denkt auch bald schon wie ein Manager.

KPÖ und GLB haben nachweislich stets gegen Privilegien der Manager, der Politiker und auch gegen Privilegien von Funktionären der Arbeiterbewegung gekämpft.

Beim ÖGB sollte sich nach dem Bawag-Skandal die Erkenntnis durchsetzen, dass die Gewerkschaftsbewegung keine gutdotierten Sozialpartner sondern ehrliche und konsequente Arbeitervertreter braucht.“

Peter Scherz ist Arbeiterbetriebsrat bei Magna-Steyr Graz und bei der Nationalratswahl Spitzenkandidat der KPÖ im Wahlkreis Graz-Umgebung/Voitsberg.



Bundesregierung: Werbung für 157 Millionen Euro

Die schwarz-orange Bundesregierung machte seit ihrem Bestehen 157,5 Millionen Euro (mehr als 2 Milliarden Schilling!) aus Steuergeldern locker, um Eigenwerbung zu betreiben.

Spitzenreiter beim Werben ist „Österreich. Hier geht's uns gut“-Bundeskanzler Wolfgang Schüssel mit 39,5 Millionen Euro. Gleich danach folgt Seitenblicke-

Finanzminister Karlheinz Grasser mit 24,8 Millionen. Auf Platz drei liegt Sozialministerin Ursula Haubner, die zusammen mit ihrem Vorgänger Wolfgang Haupt 20,3 Millionen Euro für Berater und Werbung verprasst hat. Mehr als 10 Millionen Euro verbrauchten Umweltminister Josef Pröll (15,1 Millionen) und Wirtschaftsminister Martin Bartenstein (13,1 Millionen).

KLEINANZEIGEN

Wohnung

Seriöse ältere Dame sucht leistbare **kleine Wohnung** im Raum Liebenau oder Jakomini, Telefon 0664/104 1520

Seriöser ruhiger Angestellter sucht ab 1. 9. 2006 **Mietwohnung** (event. auch Kauf), möglichst Zentrumsnähe, ca. 45 bis 55 m², in der Preislage max. 320 Euro exkl. Strom und Heizung. Angebote erbeten unter 0676/55508820 ab 17.00 Uhr.

Junge berufstätige Frau sucht **kleine Wohnung** (wenn möglich mit Balkon) in Graz. Anrufe bitte unter 0664/545 1773.

Verschenkt

Verschenke komplette Dunkelkammerausrüstung an Selbstabholer. Tel. 32 87 73 (abends)



SABA
Spachtelmeister
Ruckerlberggürtel 10/1,
8010 Graz
Tel. 0664/790 07 18

Impressum: Grazer Stadtblatt,
Lagergasse 98a, 8020 Graz.,
Tel. 71 24 79,
Fax 71 62 91
email: stadtblatt@
kpoe-graz.at
DVR: 0600008



Gesucht wird

Junge, engagierte **Juristin** sucht Tätigkeit in juristischem oder nichtjuristischem Bereich. Auch Praktikum oder Karenzvertretung. Tel. 0664/2644104

Suche Arbeit im Bereich Verkauf, EDV-Technik, **EDV-Systemberater**. Bitte unter der Telefonnummer: 0664/414 53 89.

Hausentsorgungen, Abtransporte und **Entrümpelungsarbeiten**, Ali Mehmet, Tel: 0676/422 88 19.

Entrümpelungen und Entsorgungen werden zu günstigen Bedingungen seriös erledigt: Montag-Freitag ab 14.00 Uhr unter Tel: 0664/ 877 57 91 Herr Kütük.

Roter Freitag

Eine Veranstaltungsreihe der KPÖ Graz Verein für soziale Stadtentwicklung



Urban Link Erholung

Samstag, 16. September, 15:00 Uhr
Treffpunkt: Graz, Schloss Eggenberg
Das Grazer Feld/Eggenberg. Stadtteilerkundung mit dem Rad zwischen Stadt und Land von Eggenberg bis Wetzelsdorf. Sozialhistorikers Mag. Joachim Hainzl

Die Wunden der Freiheit
70 Jahre
Spanischer Bürgerkrieg.

Lesung und Gespräch mit **Erich Hackl** und **Hans Landauer**.

Donnerstag, 21. Sept.
20.00 Uhr
Ort: Gotische Halle / Reinerhof,
Sackstraße 18, Graz



12. Februar-Bataillon der XI. Internationalen Brigade Anfang März 1938

KPÖ BILDUNGSVEREIN

Vorschulisches Eltern-Kind-Programm für Migrantenfamilien:

SIE MÖCHTEN, DASS...

- ... Ihr Kind vor der Schule noch gut **Deutsch versteht?**
- ... es Ihrem Kind im Kindergarten **gut geht?**
- ... Sie auch ihre eigenen **Deutschkenntnisse dabei verbessern können?**

Informationen und Kontakt:
Verein FFF Graz (Frauen für Frauen Graz) c/o Café Palaver, Griesgasse 8, 8020 Graz

Mo, Di, Do: 09:00 – 12:00 Uhr
Telefon: 0316/71 24 48-12
E-Mail: fffgraz@yahoo.de
Mag.^a Linda Pramatarova-Tascheva

Es ist genug für alle da!



Arm und Reich in der Steiermark –

Reichtumsbericht Steiermark der KPÖ. Sie können den Reichtumsbericht kostenlos bestellen:

KPÖ-Bildungsverein,
Lagergasse 98a, 8020 Graz
Tel. 0316 / 877 5104
bildungsverein@kpoe-steiermark.at

Der Zentralverband der Pensionisten

lädt zum **gemütlichen Donnerstagtreffen** ein!

Wir treffen uns zum Gedankenaustausch, Kartenspiel und anderen Vergnügungen.

Jeden Donnerstag ab 14.00 Uhr im Karl-Drews-Klub hinter dem Volkshaus in der Lagergasse 98a, 8020 Graz.

73 73 82: Sozialratgeber der KPÖ Graz



Ob Pflegegeld, Zuschüsse, Förderungen oder Ansprüche im Sozialbereich – was Sie schon immer wissen wollten, liegt nun im neuen Sozialratgeber der KPÖ gesammelt vor.

Die von Edeltrud Ulbl-Taschner erstellte Broschüre kann bei KPÖ-Graz in der Lagergasse 98a bezogen werden. Telefonische Anforderungen unter der Nummer 73 73 82 oder 872 2151 sind willkommen.



Red:Out! Steiermark: Treffpunkt jeden 1. Montag im Monat im Cafe Harry's, Reitschulgasse 20, 8010 Graz; Info Tel: 0699/100 435 28

Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Grazer Stadtblatt: Lagergasse 98a, 8020 Graz
Fax 71 62 91 e-post: stadtblatt@kpoe-graz.at

Fußball-Förderung

Das Land Steiermark übernahm eine Haftung von je 1,2 Millionen Euro für die Fußballvereine Sturm und GAK, dank derer beide weiter in der Bundesliga mitmachen dürfen. Wir fragten unsere Leserinnen und Leser. Hier einige Kommentare und Vorschläge:

„Höhere Eintrittspreise! Aber der Steuerzahler zahlt nicht nur für den Fußball, sondern auch pro Theaterkarte, Herberstein, LKH-West und vieles andere.“ Günther Heinzl

„Die Nachwuchstalente gehören gefördert.“ Helga Oberer

„Spieler sollen verkauft werden, die selten zum Einsatz kommen.“ Helmut Novak

„Ein Teil der Finanzierung durch öffentliche Gelder, da Fußball auch volkswirtschaftliche Vorteile bringt. Höhere Eintrittspreise kann ich nicht vertreten, da die Preise der beiden Grazer Klubs sowieso die höchsten in Österreich sind.“ Günter Dahn

„Günstigere Familienkarten anbieten, um Interessier beim Nachwuchs zu schüren. Und mehr Sponsoren aus der Wirtschaft aufreiben.“ Helmut Koweindl

„Vor allem ist mehr Laufbereitschaft und Einsatz bei den Kickern gefragt.“ Edi Aflenzer

„Profikicker dürfen nur geborene Österreicher sein. Und Spitzenfußballklubs müssen sich selbst finanzieren, sonst gehören sie aufgelöst.“ Franz Rolke

„Keine öffentliche Finanzierung und ein ehrenamtliches Management.“ Johann Oswald

„Öffentliche Förderungen sind eine Frechheit. Höhere Eintrittspreise und leistungsorientierte Gehälter für Spieler und keine Weiterzahlung des Gehaltes bei vorzeitigem Trainerwechsel gehört vereinbart.“ Florian Hütter

„Förderung durch die öffentliche

Hand mit strengen Auflagen.“

Bernhard Primus

„Egal ob Fußball, Tennis, Schifahren... - alle verdienen zu viel. Ein Stahlarbeiter bekommt nur einen Bruchteil davon.“ Nikolaj Labner

„Profifußballer verdienen viel zu viel.“ Anneliese Kundigraber

„Mehr Geld in die Jugend stecken. Auf Dauer erspart man sich dann teure ausländische Fußballer.“

Sonja Pieber

„Der Meisterschaftsmodus gehört geändert. In den 80er-Jahren gab es ein sehr spannendes Play-Off-System. Da kamen auch mehr Zuseher.“ Johann Oberwinkler

„Nicht so teure Spieler beschäftigen; eigene einsetzen, vorrangig die Jugend.“ Oskar Peter Rucker

„Normale Autos, weniger luxuriöse Reisen zu Trainingscamps.“

Hubert Grünwald

Thema Stadtpark

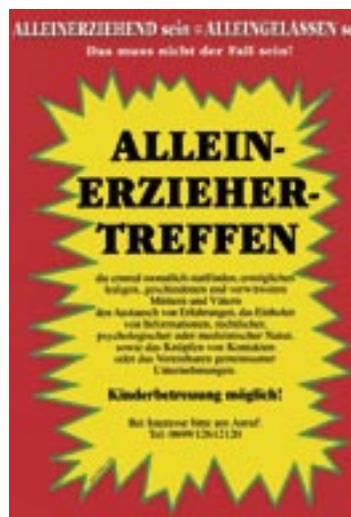
Mir platzt der Kragen: Es dreht sich um den angeblich stark verschmutzten und vergammelten Stadtpark. Dabei stimmt es in absolut keiner Weise, die Bediensteten Wirtschaftsbetriebe würden sich zu wenig um die Sauberkeit und Ordnung im Stadtpark bemühen. Fakt und absolute Realität ist, der Park wird täglich von den Mitarbeitern der Abteilung Grünraum mit Sitz nahe der Verkehrerziehungsschule im Stadtpark auf Ordnung und Sauberkeit überprüft. Alle dort tätigen Mitarbeiter machen sich größtmögliche Mühe. Unterstützt von freiwilligen Arbeitern des Sozialprojektes „ERFA“ von Herrn Otmar Pfeifer und seinem Team vom Sozialamt der Stadt Graz.

Auch ich bin öfters dort tätig und kann bestätigen: Es wird intensiv gearbeitet. Dabei kann ich immer wieder beobachten, dass die Arbeiter von oben

herab angesehen werden. Verbunden mit der Meinung, diese Arbeiter sind ohnehin nur dazu da, um den Mist der „feinen Gesellschaft“ zu entfernen. Wir tun das auch, sonst würde diese „feine Gesellschaftsschicht“ oder diejenigen die sich dafür halten in ihrem eigenen Müll ersticken.

Nehmt Euch selber an den eigenen Nasen liebe Mitbürger – auch die sogenannten Feinen sind gemeint – und lasst uns unsere Arbeit tun. Denn wir tun diese Arbeit nach besten Wissen, Können und Gewissen.

A. Luigi Sulzer, Adresse beim Stadtblatt, 71 24 79



SPRECHTAGE

des Zentralverbandes
der Pensionisten

Montag bis Freitag
von 10.00 bis 12.00 Uhr
Lagergasse 98a, 8020 Graz

Tel. 71 24 80

um Voranmeldung wird gebeten.

Wir helfen und beraten bei:

- Anträgen um Pflegegeld
- Antrag für eine „einmalige Unterstützung“
- Absetzbeträgen für Lohnsteuer wie Erwerbsminderung, Diät, usw.
- Pensionsanträgen wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung
- bei anderen Problemen

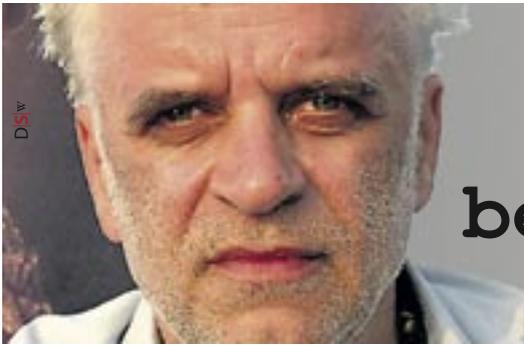
Konsumenten und Elektrosmog

Die Ökobewegung hat beinahe schichtenübergreifend einen neuen Menschentypus hervorgebracht: den kritischen Konsumenten/die kritische Konsumentin. Während die Ausbeutung in der Arbeitswelt zu- und der Widerstand dagegen leider abnimmt, behalten wir es uns zunehmend vor, unser Privatleben so gut, also auch so gesund wie möglich, zu gestalten. Viele Menschen möchten sich und ihre Kinder nicht leichtfertig Gefahren aussetzen, die vermeidbar wären.

Nehmen wir nur das Beispiel „Elektrosmog“: Trotz intensiver Bemühungen fehlen bislang Studien, die einen Einfluss von Handymasten oder Mobiltelefonen, wo es sich um hochfrequente, nicht-ionisierende Strahlung (wichtig zur Unterscheidung von ionisierender Röntgenstrahlung!) handelt, auf die Gesundheit von Menschen klar nachweisen können. Trotz eines immensen Forschungsaufwandes sind keine wie auch immer gearteten Schädigungen am Menschen klar belegbar.

Allerdings liegt es nahe, dass ein Handymast in der Umgebung heute allein deshalb manche Menschen „krank macht“, weil sein Anblick im Glauben an eine schädigende Wirkung einfach stresst. Angst und Stress machen eben auch krank – umso wichtiger ist es, umfassend und seriös über Risiken aufzuklären. Vermutlich wird von vielen Menschen elektromagnetische Strahlung mit anderen – gesundheitsgefährdenden – Strahlungsarten wie Röntgenstrahlung oder radioaktiver Strahlung verwechselt.

DDr. Petra Stöckl



kurt palm (lesung), chrono popp (musik)

best of „das kapital“

volkshaus graz, lagergasse 98a

28. september, 20 uhr

veranstaltet von der KPÖ-Graz in Zusammenarbeit mit dem Bildungsverein des KPÖ-Landtagsklubs.

Militärmacht Europa: Was kommt auf uns zu?

EU macht Österreich zum atomaren Spieler

Österreich hat sich 1978 von der Atomenergie verabschiedet. Nun kommt von der EU der Druck in Richtung Atomkraft und Atomwaffen.

In Österreich ist sowohl die zivile als auch die militärische Nutzung der Atomenergie verfassungsmäßig untersagt (Atomsperregesetz bzw. seit 1999 „Bundesverfassungsgesetz für ein atomfreies Österreich“). Über die EU-Ebene werden diese Verpflichtungen jedoch ständig ausgehöhlt.

Österreich ist Mitglied

bei EURATOM, deren Ziel es ist, „die Voraussetzungen für die Entwicklung einer mächtigen Kernindustrie zu schaffen“. Im 7. Rahmenprogramm für Forschung sollen die Mittel für das EURATOM-Programm von derzeit 1,2 auf 4,1 Milliarden Euro erhöht werden. Bereits heute zahlt das „Anti-Atomland“ Österreich jährlich ca. 40 Millionen Euro in die EU-Atomtöpfe – ein Betrag, der jetzt weiter steigen wird. Der EURATOM-Vertrag wurde sogar in den Anhang der derzeit auf Eis liegenden EU-Verfassung übernommen.

Über die Einbindung Ös-

terreichs in die EU-Militarisierung droht auch das Verbot der militärischen Nutzung zunehmend zur Makulatur zu verkommen. In diesem Jahr begrüßte einer der ranghöchsten Beamten im „Verteidigungs“ministerium, Erich Reiter, die EU-Vorhaben zur „Europäisierung der Atomwaffen“ und stellte fest: „Ja, Europa braucht atomare Abschreckung. Es muss bereit sein, die Atombombe auch einzusetzen.“

Franz Parteder: „Österreich muss wieder zu einer entschiedenen Anti-Atompolitik zurückfinden und seine verfassungsmäßigen



Verpflichtungen erfüllen. Das erfordert den sofortigen Austritt aus EURATOM und ein Ende der Unterordnung unter die EU-Militarisierung. Die zur ständigen, militärischen Aufrüstung verpflichtende EU-Verfassung und die Teilnahme an den EU-Schlachtgruppen („Battle-Groups“) im Rahmen der EU-Militärstrategien sind weder mit der verfassungsmäßigen Atomfreiheit noch mit der Neutralität Österreichs vereinbar.“

Managergehälter: Sagen Sie uns Ihre Meinung! und gewinnen sie!

Umfrage zu Manager-Gehältern:

Verlost werden Buchpreise und T-Shirts.

Wieviel sollen die Spitzenmanager in Österreich verdienen? (Bitte ankreuzen)

- 1.) Das 20- bis 35-fache eines Durchschnittsgehaltes ist ok.
- 2.) Das 10-fache tut's auch!
- 3.) Das 5-fache ist mehr als genug!
- 4.) Das ___-fache wäre angebracht (eigener Vorschlag)!

Name: _____

Adresse: _____

Falls Sie ein T-Shirt als Preis wollen, bitte Größe angeben (S/M/L/XL) _____



An das

**GRAZER
Stadtblatt**

c/o KPÖ-Klub
im Grazer Rathaus
8010 Graz

Fax: 0316 / 872 51 59



Unglaubliche Summen verdienen die heimischen Spitzenmanager (siehe S. 2/3). OMV-General Wolfgang Ruttendorfer etwa erntet pro Jahr 2,8 Millionen Euro. „Zu viel oder gerechtfertigt?“, ist die Frage. OMV

Schreiben Sie uns Ihre Meinung:
KPÖ-Elke Kahr,
Lagergasse 98a, 8020 Graz,
Fax 71 62 91 oder email:
stadtblatt@kpoe-graz.at